# Volksstimme

**Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.**

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, sämtlich in Halle. — Redaktion: Halle, Große Brauhausstraße 17, Fernsprecher Nr. 16646. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Große Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 ohne Bestellgeld Einzelne Nummern 10 Pfg. Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

**Nr. 27.** **Halle, Sonnabend, den 1. Februar 1919.** **3. Jahrgang.**

# Denkschrift der Mehrheitssozialisten für die deutschen Gefangenen.

## Die internationale Sozialistenkonferenz.

Am Mittwoch wurden die Vorbesprechungen fortgesetzt und zunächst die Tagungszeit des Internationalen Sozialistenkongresses erörtert. Grumbach (Frankreich) regte eine Unterbrechung der Konferenz für Mitte nächster Woche an, da in Paris der Wilson-Empfang im Parlament und Ende nächster Woche der französische Genossenschaftskongreß stattfände, bei dem Albert Thomas unentbehrlich sei. Endgültig soll über die Tagungszeit Ende dieser Woche entschieden werden. Die Mehrheit dürfte für ununterbrochenes Durchtagen bis zum 8. Februar sein.

Die Italiener senden als ihren Vertreter zum Sozialistenkongreß Lazzari. Von der deutschen unabhängigen Sozialdemokratie ist Jäckel eingetroffen, Haase soll morgen kommen. Aus Holland kommt Wibaut, da Troelstra erkrankt ist. Die Schweizer entscheiden Sonntag auf ihrem Parteitag in Bern über ihre Teilnahme an der Internationalen Konferenz. Sie wollten ihre Entscheidung abhängig machen von der Teilnahme Friedrich Adlers, der jetzt bekanntlich das Paßvisum erhalten hat. Von Montag an tagen neben dem Sozialistenkongreß auf Einladung von Jouhaux die Gewerkschaftsvertreter, später soll gemeinsam beraten werden.

Zu den gewerkschaftlichen Friedensforderungen hat der Leiter des internationalen Arbeitsamts, Prof. Bauer-Basel eine Ausarbeitung vorgelegt, welche das Gewerkschaftsprogramm von Bern und Leeds miteinander vergleicht. Ueber die territorialen Fragen sollen die Vorbesprechungen beginnen, sobald die Franzosen und Engländer zur Stelle sind. Als wichtige territoriale Fragen haben angemeldet die Deutsch-Oesterreicher, die Südtiroler und die deutschböhmische Frage, die Deutschen die deutsch-polnische Frage, Grumbach die Frage Elsaß-Lothringens, bei der auch über das Saarrevier und das linksrheinische Preußen gesprochen werden soll, was für die deutschen Vertreter keine Frage ist, eine Auffassung, in der sie voraussichtlich mit der ganzen Konferenz einig sind. Die Ungarn rühren an das Tschechenproblem, die griechische Delegation bringt ihre Meinungsverschiedenheiten mit Türken, Albanern und Bulgaren zur Sprache, auch mit Italienern und mit Engländern wegen ihrer Besetzung Cyperns. Kautsky berührte im Auftrage der indischen Revolutionäre das indische Problem. Die englische Labour Party hat für die Ausreise aus England noch immer Paßschwierigkeiten. Den Delegationen der beteiligten Länder wurde nahegelegt, daß sie sich schon in den Vorbesprechungen über die strittigen territorialen Fragen zu einigen versuchen. Daß der Völkerbund sofort allen Nationen offenstehen muß, wurde einmütig bejaht.

Die Ankunft der englischen Delegierten ist nunmehr endgültig auf morgen angekündigt.

## Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland.

**In seiner gestrigen Kabinettsitzung hat der Staatsrat für Deutsch-Oesterreich den Gesetzantrag an die österreichische Nationalversammlung, der Deutsch-Oesterreich als Glied des Deutschen Reiches erklärt, einstimmig angenommen.**

## Neue Aufreizung zur Gewalt.

Der Rote Soldatenbund verbreitet neuerdings in Berlin Flugblätter, in denen ganz offen eine Wiederholung der gewaltsamen Erhebung gepredigt wird. Und zwar appelliert das Flugblatt nicht an die moralischen, sondern lediglich an die militärischen Machtmittel des spartakistischen Teils der Arbeiterschaft. Das zeigen folgende Sätze:

Der Tag der Abrechnung naht ...
Was uns fehlte, war die Geschlossenheit!

In der Unsicherheit der Leitung und in dem Versagen der organisatorischen Zusammenfassung der Kräfte ist die Schlappe begründet.

**Die militärischen Kräfte müssen einheitlich zusammengefaßt und ausgenutzt werden.**

Durch die Verhandlungen gewann die Regierung Zeit, konnte ihre Kräfte sammeln und zum Schlage ausholen.

Die Verhandlungen störten die Aktionsfähigkeit des Proletariats und trugen Verwirrung in unsere Reihen.

Nun heißt es, neu zu rüsten und unsere Aufgaben klar zu überschauen.

**Alle waffenfähigen Proletarier sind zusammenzufassen.** Diese Kräfte militärisch gegliedert, sind eine unbesiegbare Macht.

Man muß es dem Roten Soldatenbund lassen, daß er den Geist des Militarismus gründlich verstanden und in sich aufgenommen hat. Das zeigt sich schon darin, wie Verhandlungen als militärisch unzweckmäßig abgelehnt werden. Genau ebenso, ja, fast mit denselben Worten, haben die junkerlichen Generale des alten Systems gegen Verhandlungen mit dem Feinde geeifert. Was sagt übrigens die unabhängige Presse dazu, die stets der Regierung vorgeworfen hat, sie habe nicht verhandeln wollen. Jetzt zeige sich, wer Verhandlungen ablehnt!

Im übrigen verdient dieser Appell an die nackte Gewalt sorgfältig festgehalten zu werden. Damit sich seine Urheber nämlich nicht beschweren, wenn ihnen mit den gleichen Mitteln entgegengetreten wird.

**Auf dem internationalen Sozialistenkongreß haben die Delegierten der Mehrheitssozialisten eine Denkschrift überreicht, in der laut Vorwärts gegen die Grausamkeit der französischen Imperialisten protestiert wird, die eine Million Gefangener über den Krieg hinaus zur Fronarbeit in Nordfrankreich und Belgien zurückhalten wollen. Besonders schlimm sei die Lage der in Sibirien zurückgehaltenen. Die sofortige Abordnung einer gemischten Kommission zur Besichtigung der Lager und zum Besuche der deutschen Gefangenen wird verlangt, ferner Erleichterung des Postverkehrs, Verbesserung der Ernährung, Vergütung für geleistete Arbeit, Ueberwachung der Arbeitsverhältnisse durch Schweizer Sachverständige.**

## Anerkennung der Regierung Ebert-Scheidemann durch die Entente.

**Möglichst baldige Anerkennung der Regierung Ebert-Scheidemann durch die Entente fordert in einem Leitartikel die Times im Interesse der Festigung der Lage und eines dauerhaften Friedens. Auf Grund der Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung sei die Entente ohne weiteres in der Lage, diese Anerkennung bald auszusprechen. Daily News schließt sich dringend der Forderung der Times an. Das von Ebert-Scheidemann aufgestellte Programm der Erfassung der Kriegsgewinne wird von Daily News als vorbildlich gelobt: daß der Erfassung zugrunde liegende Prinzip sei nicht nur gesund, sondern überhaupt das einzig Gesunde und der Lage Entsprechende. Seine Annahme bedeute auf seiten der neuen deutschen Regierung Einsicht und die Fähigkeit zur Erfassung der Tatsachen, welche das Beste für die Zukunft erhoffen läßt. England müsse an die Lösung wirtschaftlicher Fragen nur mit der gleichen Entschlossenheit herantreten, welche die Regierung Ebert-Scheidemann an den Tag gelegt habe.**

## Der Kampf um unsere Kolonien.

**Der Korrespondent des „Niewen Rotterd. Courant" meldet aus Paris, daß Wilson fester denn je auf seinen 14 Punkten beharre, also jede Eigenmächtigkeit aufs schärfste bekämpfe und daß er auch in der Kolonialfrage mit fliegenden Fahnen zu siegen hoffe. Die Frage werde wahrscheinlich bald geregelt sein. — Lloyd George soll sich der Ansicht Wilsons angeschlossen haben.**

## Ein Riesenstreik in Indien.

Wie den P. P. N. aus Bern gedrahtet wird, durchzieht Indien gegenwärtig eine Streikbewegung, die die größte in der Geschichte Asiens ist und weit über den Umfang der früheren chinesischen und japanischen Reisunruhen hinausgeht. In Bombay streiken hunderttausend Textilarbeiter. Zwischen den Streikenden und der Polizei kam es zu schweren Zusammenstößen. Zur Verstärkung herbeigeholtes Militär mußte aus Panzerwagen auf die Menge feuern. Die Nachricht über diese Bewegung kam für England völlig überraschend. Allerdings hatte die englisch-indische Presse bereits unlängst erklärt, die indische Unabhängigkeitsbewegung arbeite auch mit Verbreitung bolschewistischer Ideen, und Reuter hatte vor einigen Tagen gemeldet, die russischen Bolschewiki betrieben eine ungeheure Propaganda in China, Persien und Indien, um ganz Asien in Aufruhr zu bringen. Auch Manchester Guardian ist der Ansicht, daß neben den Lohnfragen und den allgemeinen Arbeitsverhältnissen die politische Unruhe eine Rolle in der indischen Bewegung spielt. Das Blatt hält es für sicher, daß die bisher unorganisierten indischen Arbeiter sich nunmehr gewerkschaftlich zusammenschließen werden. Die bisher gehegte Erwartung, in Asien werde man ins Endlose eine billige, geduldige, leicht zu behandelnde Arbeiterschaft finden, werde sich bestimmt als falsch erweisen.

## Das Ergebnis der Nationalversammlungswahlen im roten Sachsen.

Nach den amtlichen Feststellungen sind bei den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung in Sachsen für die beiden sozialdemokratischen Parteien zusammen 1 448 020 Stimmen, für die Bürgerlichen zusammen 964 892 Stimmen abgegeben. Für die einzelnen Parteien sind gezählt:

| | | |
|---|---|---|
| Sozialdemokr. Partei (Mehrheitler) | 1 112 118 | Stimmen, |
| Unabhängige . . . . . . . | 335 902 | „ |
| Deutsche demokratische Partei . . | 534 220 | „ |
| Deutsche Volkspartei . . . . . | 97 157 | „ |
| Deutschnationale Volkspartei . . | 309 412 | „ |
| Christliche Volkspartei (Zentrum) . | 24 103 | „ |
| Zusammen: | 2 412 912 | Stimmen. |

**Also sind auch in dem roten Sachsen, wo angeblich die Unabhängigen so stark vertreten sein sollten, viermal soviel Stimmen für die Mehrheitssozialisten** abgegeben worden, wie für **die Unabhängigen. Auch hieraus kann man ersehen, daß bei den Unabhängigen das Maulaufreißen das meiste ist.**

## Das „Weitertreiben" der Revolution.

Von Fritz Ebert.

„Wir wollen die Revolution weitertreiben!" so schreien Spartakus und seine waffentragenden Lieblinge. Karl Kautsky aber sagt in seiner Broschüre „Das Weitertreiben der Revolution":

„Die Herrschaft der Unorganisierten über die Organisierten, der Unwissenden über die Wissenden, der Selbstsüchtigen über die Selbstlosen — das bedeutete unter den heute gegebenen Bedingungen die „Weiterführung" der Revolution."

All die Arbeiter, die lange Jahre hindurch in der Partei und in den Gewerkschaften organisiert waren, die durch eifriges Lesen der Parteipresse und der Parteischriften und durch fleißigen Besuch belehrender Versammlungen mit dem Wesen des Sozialismus bekannt geworden sind, die in den Zeiten des Sozialistengesetzes und auch später, als es noch gefährlich war, Sozialdemokrat zu sein, treu zur Fahne der Partei gehalten haben, wenden sich schmerzerfüllt ab von dem Schauspiel, daß sich in der letzten Zeit in Berlin und in den Kohlenrevieren abspielte und heute noch abspielt. Sie wissen, daß es nicht demokratisch ist, seine Ueberzeugung mit Hilfe von Maschinengewehren und Handgranaten in die Köpfe der Massen einhämmern zu wollen. Und sie wissen auch, daß es nicht sozialistisch ist, jetzt durch wilde Streiks verhängnisvolle Folgen über die junge Republik heraufzubeschwören. [illegible] ung mit euch. [illegible] gegen die bewaffneten und die Masse der Arbeiter terrorisierenden Spartakisten und gegen die Veranstalter der wilden Streiks, die meist im selben Lager stehen. Liest man die Berichte über die Aussagen der gefangenen Spartakisten, so erfährt man, daß sie zu sehr großen Teilen gar nicht einmal wissen, wofür sie gekämpft haben. Von Politik haben nur die Wenigsten eine Ahnung. Der Kommandant des Schlesischen Bahnhofs will im Frieden höchstens die Ueberschriften in der Berliner Morgenpost gelesen haben, und während seiner vierjährigen Militärzeit hat er sich angeblich gar nicht um Politik gekümmert.

Auch bei den Streiks tauchen unter den Führern jetzt sehr oft Leute auf, die früher nicht gewagt haben, sich einer Organisation anzuschließen. Heute sind sie die Radikalsten, weil sie die Zusammenhänge nicht kennen und nicht begreifen, daß ein Streik heute etwas ganz anderes ist als vor der Revolution. Aehnlich steht es mit den vielen Beamten. Wer von den Staats- und Privatangestellten wagte es früher, ein Parteiblatt zu lesen oder gar sich zu organisieren? Kaum einer! Und heute, da nach jahrelangem schweren Kampf die Organisierten, die Aufgeklärten ihr erstes Ziel erreicht haben, die politische Freiheit der Arbeiterklasse, da kommen all diese Herrschaften, die sonst nur am Stammtisch ihren Skat spielten oder Pfeife rauchend hinter dem warmen Ofen saßen und sich um nichts kümmerten und wollen die Revolution „weitertreiben". Fragt man sie aber, wo sie vor dem 9. November waren, dann antworten sie mit einem verlegenen Achselzucken: wir durften ja nicht! Jawohl, die „durften" nicht. Aber sie hätten „gedurft", wenn sie ihr Haupt erhoben, wenn sie um ihre Menschenrechte gekämpft und nicht immer nur gedienert und Jawohl gesagt hätten. Aber damals konnte man freilich disziplinarisch bestraft, gemaßregelt werden, wenn man sich für das freiheitliche Ideal betätigte.

Wir verkennen die schwierige Lage, in der sich die Beamten vor der Revolution befunden haben, durchaus nicht. Aber ihnen und all den Arbeitern, die vor der Revolution nicht den Weg in die Organisation gefunden haben, rufen wir zu: Schließt euch wenigstens jetzt den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen an und lest die Arbeiterpresse. Dadurch werdet ihr in den Geist des Sozialismus eindringen und erkennen, daß es nicht so geht, wie es euch die äußerste Linke vorgaukelt, daß wir mit den ewigen Streiks nur ins Verderben hineinkommen, aus dem es dann keine Rettung mehr gibt. Zielbewußt und systematisch nach wissenschaftlicher Erkenntnis müssen die Errungenschaften der Revolution ausgebaut werden. Diesen Weg, den einzigen, der uns zu neuem Leben führt, **geht die alte deutsche Sozialdemokratie, die alte organisierte Arbeiterklasse.**

## Möglichkeiten der Sozialisierung.

**Ueber die Pläne des Reichswirtschaftsamts auf dem Gebiete der Energieversorgung Deutschlands machte Staatssekretär Dr. Müller allgemein interessierende Angaben. Wollen wir den Begriff der Sozialisierung aus den engen Grenzen des Schlagwortgebrauches herausführen, so müssen Möglichkeiten gefunden werden, die das Interesse der Allgemeinheit wie das der Technik und Wirtschaft gleichermaßen berücksichtigen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190201-15/fragment/page=0001
DFG

**Einen Anlauf in dieser Richtung unternimmt das Reichswirtschaftsamt** mit dem Versuch einer Regelung der Energieversorgung Deutschlands. In dem genannten Amt wird von den Einzelressorts ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Begutachtung der bundesstaatlichen Regierungen passieren und schließlich der parlamentarischen Erledigung zugeführt wird.

Der Entwurf über die gesetzliche Regelung der Energieversorgung Deutschlands vermeidet das Problem der Verstaatlichung und bezweckt die allgemeine Versorgung des Deutschen Reiches mit Energie. Er will die Bewirtschaftung aller Energiequellen wie Elektrizität, Wasser, Wind usw einheitlich regeln. Sein nächstes Ziel ist die Erreichung eines möglichst hohen Ergebnisses bei möglichst geringen Aufwendungen. Innerhalb des Reichsgebiets soll die Ausnützung der vorhandenen Energiequellen nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Die Gruppen der Energieerzeuger und der Verbraucher sollen zusammengeschlossen werden. Dem Reiche und den Bundesstaaten ist das entsprechende Bestimmungsrecht eingeräumt. In der Gesamtorganisation, die zur Erreichung dieses Zieles geschaffen werden muß, sind Unternehmer und Arbeiter vertreten. Die Aufsicht hat das Reichswirtschaftsamt, dem ein Beirat zur Seite gestellt wird.

Im Speziellen ist zur Regelung der Materie ein Reichskohlengesetz und ein Elektrizitätsgesetz geplant. Das Kohlengesetz wird sich in der Hauptsache auf drei Faktoren beziehen, die Produktion, den Absatz und den Verbrauch. Es ist beabsichtigt, auf den bereits bestehenden Organisationen (Kohlensyndikate usw.) weiter zu bauen. Selbstverständlich wird alles auf eine neue Grundlage gestellt, insbesondere werden sich die staatlichen Organisationen auf die Gestaltung der Dinge einen starken Einfluß sichern. Das Hauptgewicht wird gelegt werden auf eine möglichst rationelle Kohlenwirtschaft Die Not des Reiches zwingt uns, hierbei auch den finanzpolitischen Gesichtspunkten die gebührende Berücksichtigung zu schenken. In diesem Zusammenhange wurde betont, daß die in letzter Zeit in verschiedenen Kohlengebieten vorgenommenen „Spezialsozialisierungen den Absichten des Reiches starke Hindernisse in den Weg legten Diese Bestrebungen müßten zum wirtschaftlichen Zusammenbruche führen, wenn sie weiter fortgesetzt werden.

Große Aufgaben stellt sich das Elektrizitätsgesetz. Schon rein materiell betrachtet, hat es sich auf einem Gebiete zu betätigen, auf dem in den letzten zehn Jahren ein ungeheurer Aufschwung erlebt worden ist. Von 1907—17 hat sich auf diesem Gebiete der Gebrauch verfünffacht; die öffentlichen Anlagen haben ihren Absatz verzehnfacht. Leider haben Reich und Staat den Zeitpunkt verpaßt, wo sie sich auf diesem Gebiete Einfluß und Gewinnanteil hätten sichern können. Die erste Aufgabe des neuen Gesetzes muß sein, die bestehende völlig planlose Zersplitterung in der Produktion hintanzuhalten, und die enorme wirtschaftliche Kraftverschwendung in die Bahnen einer geregelten Produktion und Konsumtion zu leiten. Wir werden uns in Zukunft viele Kraftverschwendung nicht mehr leisten können, womit schon die Begründung für dieses Gesetz geliefert wird

Wie sich die praktischen Einzelheiten des Gesetzes (und auch der anderen) gestalten werden, wird wesentlich von der Art des Friedensschlusses abhängen. Bei den Vorarbeiten konnte es sich im wesentlichen nur um die Klarstellung der beherrschenden Prinzipien handeln. Dieses Prinzip wird beim Elektrizitätsgesetz dahin gehen, die gesunden Kräfte zu fördern, die ungesunden zu beseitigen. Die einzelnen Werke sollen technisch-wirtschaftlich zu einem organischen Zusammenschluß gebracht werden. Das ist heute um so leichter, als auf 200—300 Kilometer Entfernung elektrische Energie ohne Verlust übertragen werden kann.

Im großen und ganzen handelt es sich hier, wie man sieht, um eine gesetzgeberische Initiative von gewaltiger wirtschaftlicher Tragweite.

**Die allgemeinen Grundsätze der Kommunalisierung** wurden von der Sozialisierungskommission in Berlin in zwei eingehenden Besprechungen erörtert. An der Aussprache, die in An... ...tern der Behörden und Bundesstaaten stattfand, beteiligten sich auch einige hervorragende Kommunalpolitiker. Es handelte sich bei den Beratungen zunächst um die Gewinnung allgemeiner Grundsätze über die rechtlichen, wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für eine Kommunalisierung. Eingehend wurde darüber verhandelt, wie die rechtlichen Voraussetzungen für eine Ausdehnung des gemeindlichen Wirtschaftsbetriebes auszugestalten seien. Darnach wurden die Erfahrungen und Aussichten des sächsischen kommunalpolitischen Betriebes und der im weiteren Sinne gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen in verschiedenen Wirtschaftszweigen (namentlich der Nahrungsmittelversorgung. Milch, Fleisch und Brot) durchbesprochen. Hierbei wurden die verschiedenen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit den Konsumgenossenschaften erörtert. Eine eigene Sitzung galt dem Eigenbau und Wohnungsproblem, insbesondere den Fragen, ob der gemeindliche Eigenbau oder der Bau durch gemeinnützige Organisationen vorzuziehen sei; ferner wie die Beschaffung von Baustoffen zu organisieren sei, wie die Gemeinden den eigenen Hausbesitz verwalten und in welcher Weise die Erhöhung der Baukosten auf die Mietpreise in den alten Häusern zurückwirken.

Die Absicht dieser Besprechungen geht dahin, unbeschadet der einzelnen Erörterungen über die besonderen Wirtschaftszweige schon jetzt den allgemeinen Rahmen festzustellen, in welchem die Ausdehnung der gemeindlichen Betriebe vor sich zu gehen hätte. Man will der Regierung den Entwurf zu einem von Reichswegen zu erlassenen Rahmengesetz unterbreiten, durch das die Bundesstaaten zu einem einheitlichen Vorgehen anzuhalten wären. Besonders wäre in diesem Falle die Errichtung von Zweckverbänden benachbarter Gemeinden für den Betrieb solcher Unternehmungen zu erleichtern, die über den Rahmen der einzelnen Gemeinden hinausgehen, aber einem lokal begrenzten Bedarf dienen. Ferner wäre sowohl den Einzelgemeinden wie den Zweckverbänden das Enteignungsrecht zu geben.

Die Kommission behält sich vor, die Verhältnisse einzelner Wirtschaftszweige, die für die Kommunalisierung in erster Reihe in Frage kommen, mit Fachleuten und Interessenten zu erörtern.


# Jetzt müßt ihr die Zeitung lesen!

**Das neue Deutschland ist im Werden; täglich werden Bausteine zu dem gewaltigen Neubau herbeigetragen. Neue durchgreifende Verordnungen, Gesetzentwürfe werden alltäglich veröffentlicht. In wenigen Tagen beginnen die Verhandlungen der**

# Nationalversammlung.

**und des Preußenparlaments, wo über das fernere Schicksal Deutschlands und Preußens beraten und beschlossen wird. Daran ist jeder interessiert, ob Mann, ob Frau. Da muß jeder immer auf dem Laufenden sein und eine Zeitung lesen, die ihn dabei und auch in allen anderen Tagesfragen gut unterrichtet. Da lese jeder die**

# Volksstimme.


# Tagesgeschichte.

## Noske über die Expedition nach Bremen.

Ein Vertreter der „P. P. N." hatte am Donnerstag abend eine Unterredung mit dem Mitgliede der Reichsregierung Gustav Noske über die Gründe und die nächsten Ziele der Expedition nach Bremen. Noske sagte:

Daß die Zustände in Bremen unhaltbar waren, war aller Welt klar, ausgenommen den Spartakisten. Bremen gehört zu den Orten, in denen eine kleine Minderheit durch Gewaltmittel versuchte, ihre Herrschaft über die beträchtliche Mehrheit aufrechtzuerhalten. Wie sehr Gewaltpolitik betrieben wurde, beweist der Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung, bei denen, ganz abgesehen von den Spartakisten, selbst nur Unabhängige eine kleine Minderheit darstellen konnten.

Bremen hat eine besondere Bedeutung als unser zweitwichtigster Handelshafen. Am 1. Februar soll das Auslaufen von Lebensmittelschiffen beginnen. Als eine endgültige Aktion gegen Bremen in Erwägung gezogen wurde, erschien es absolut ungewiß, ob das Auslaufen dieser Schiffe glatt vonstatten gehen werde. Bei der absoluten Unsicherheit der Verhältnisse in Bremen war als feststehend anzunehmen, daß das Einlaufen beladener Lebensmittelschiffe nach Bremen nicht unbedingt verbürgt sein würde. Selbst wenn die gestrige Meldung zutreffend ist, daß bei den Verhandlungen zwischen den Seeleuten und den Reedern auch die geringe Minderheit von Seeleuten, die im Internationalen Seemannsbund organisiert ist, zufriedengestellt sein sollte, bestand nach den letzten Erfahrungen, die in Bremen gemacht worden sind, keine Bürgschaft dafür, daß beim Einlaufen oder Auslaufen der Schiffe Zwischenfälle oder Störungen nicht vorkommen würden. Die Zufuhr von Lebensmitteln muß aber angesichts der außerordentlichen Knappheit unbedingt sichergestellt werden. Das deutsche Volk geht der größten Not entgegen, wenn nicht binnen kürzester Frist beträchtliche Lebensmittelmengen aus Uebersee zugeführt werden können.

Um das sicherzustellen, sind Truppen von erheblicher Kampfkraft nach Bremen in Bewegung gesetzt worden. Das geschah selbstverständlich nicht aus reiner Neigung, in die innerpolitischen Kämpfe mit Waffengewalt einzugreifen. Fügt sich die Minderheit, die jetzt in Bremen wider alles Recht sich in dem Besitz der Macht zu halten sucht, so wird die Aktion in Ruhe vonstatten gehen. Von den Regierungstruppen, die in Bremen einmarschieren, wird gewiß kein Schuß abgegeben werden, wenn nicht von den Bremer Spartakisten oder Unabhängigen zuerst gefeuert wird. Dafür bietet schon die Tatsache Bürgschaft, daß auch die Bremer Aktion unter meinem Oberbefehl vonstatten geht. Nur für den Fall, daß die Minderheit, die in Bremen ihr Regiment aufrechtzuerhalten sucht, gewaltsamen Widerstand leistet, wird durchgegriffen werden, dann aber auch mit rücksichtsloser Entschlossenheit.

*

Regierungstruppen sind inzwischen vor Bremen angekommen. Nach Bekanntwerden des Eintreffens der Regierungstruppen erfolgte die Bewaffnung der gesamten Arbeiterschaft und versetzte Bremen in den Verteidigungszustand. Vorläufig steht die Situation auf des Messers Schneide. Die Divisionsleitung des Korps Gerstenberger hat mit den bremischen Volksbeauftragten verhandelt, die erklärten, die Massen nicht in der Hand zu haben. Es steht zu hoffen, daß trotzdem noch, wie es die Regierung wünscht und durch die Truppenleitung zum Ausdruck bringen ließ, die Ordnung ohne Blutvergießen hergestellt werden wird, trotzdem Bremen mit Maschinengewehren gespickt ist und starke Spartakistenabteilungen die Börse und das Rathaus besetzt haben.

## Undank ist der Welt Lohn!

Es ist noch in aller Erinnerung, wie sich die Herren Ledebour, Däumig und Richard Müller bemühten, ein Mandat zur Nationalversammlung zu erlangen. Mit ihrem Genossen Haase wollten sie nicht auf einer Liste stehen, darum versuchten sie den Spartakusbund für ihre Wahl zu begeistern, aber vergebens. So muß die deutsche Nationalversammlung es versuchen, ohne sie fertig zu werden.

Schlauer war Klara Zetkin: sie ließ sich von den Unabhängigen in die württembergische Landesversammlung wählen, und als sie darin saß, erklärte sie mit 350 Stuttgarter Freunden ihren Austritt aus der U. S. P. und schloß sich dem Spartakusbunde an.

Ueber dieses Mißgeschick sind die Unabhängigen offenbar sehr betrübt. In einem Artikel über die Bedeutung der Kommunalwahlen mahnt die Freiheit ihre Parteigenossen, „auf die Auswahl der Kandidaten die größte Sorgfalt zu verwenden." Durch Schaden wird man klug!

## Die Arbeiten des Zentralrates.

**Berlin.** Am 28. Januar nahm der Zentralrat einen Vortrag des Staatssekretärs Koeth über die wirtschaftliche Lage entgegen und beriet über den Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt (Verfassungsentwurf). Am 29. Januar verabschiedete der Zentralrat eine Vorlage über Aenderungen der Militärstrafgerichtsordnung und ein Gesetz über Schädlingsbekämpfung. Er beschloß ferner über die Ersetzung reaktionärer Beamter durch andere vom freiheitlichen Geist durchdrungenen Persönlichkeiten, mit den Volksbeauftragten Rücksprache zu nehmen. Die Sozialisierungskommission erstattete dem Zentralrat in gemeinsamer Sitzung Bericht. Es wurde festgestellt, daß die Kommission dauernd gegen große Widerstände anzukämpfen hat, deren Beseitigung der Zentralrat für dringend erachtet. Außerdem wurde eine Fülle von Eingängen erledigt.

## Die Lage im Osten.

Jetzt verlautet wieder, daß Hindenburg die Leitung des Grenzschutzes Ost übernehmen soll. Für 6. Februar wird ein größerer Poleneinfall nach Westpreußen erwartet. Bei Gromaden, Nemasen fanden Gefechte unserer Truppen mit Polen statt, wobei die Polen zurückgedrängt wurden und unsere Truppen beträchtliche Beute machten.

Wie der „L.-A." hört, werden am Montag die bereits angekündigten Verhandlungen der Polen mit der preußischen Regierung beginnen.

## Schleswig-Holstein fordert erweiterte Vollmachten.

Die provisorische Provinzialregierung Schleswig-Holsteins hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der sie folgende Forderungen stellt:

1. Weitgehende Vollmacht mit den maßgebenden dänischen Persönlichkeiten Nordschleswigs und Dänemarks zu verhandeln.
2. Vollmacht für den Ernährungskommissar für Schleswig-Holstein bezgl. der Ablieferungspflicht der Dänen in Nordschleswig sowie der dem Ernährungskommissar zufallenden Aufgaben in den übrigen Teilen der Provinz.
3. Anerkennung der provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins unter unbedingter Wahrung der Reichseinheit und Berücksichtigung der weiteren Entwicklungsfähigkeiten dieser Provinz.

Zu dieser Eingabe bemerkt die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, daß es sich dabei keineswegs um partikularistische Tendenzen handelt, wie sie bedauerlicherweise auf der Tagung der A.- und S.-Räte Nordwestdeutschlands in Braunschweig zutage getreten seien. Die Sozialdemokratie Schleswig-Holsteins und mit ihr die vorläufige provisorische Regierung bestehe fest auf dem Boden der Reichseinheit. Wenn sie jetzt dazu übergehe, von der Reichsregierung besondere

---

# Die Geschichte zweier Städte.

(4) Roman von Charles Dickens.

**Drittes Kapitel.**

Die Schatten der Nacht.

Es ist eine wunderbare, des Nachdenkens werte Tatsache, daß jedes Menschen Wesen danach angetan ist, ein tiefes Geheimnis und Rätsel für jedes andere zu sein. Ein feierlicher Gedanke, wenn ich bei Nacht in eine große Stadt komme, daß jedes dieser sich in dunkle Gruppen zusammendrängenden Häuser sein eigenes Geheimnis in sich schließt, daß jedes Zimmer in jedem Hause sein eigenes Geheimnis besitzt, daß jedes pulsierende Herz in den Hunderttausenden von Menschenbusen in einigen seiner Träume ein Geheimnis für das ihm am nächsten stehende Herz ist! Etwas von dem erhabenen Grauen, das der Tod einflößt, ist dem zuzuschreiben. Nicht mehr kann ich die Blätter dieses teuren Buches umwenden, das ich liebte, und vergeblich war die Hoffnung, es mit der Zeit ganz durchzulesen. Nicht mehr kann ich in die Tiefen dieses unergründlichen Wassers schauen, in dem ich, als flüchtige Strahlen darauf fielen, einen Blick auf begrabene Schätze und andere versunkene Herrlichkeiten erhaschte. Es war beschlossen, daß sich das Buch auf immer und ewig verschließen sollte, als ich nur eine einzige Seite gelesen hatte. Es war beschlossen, daß ein ewiger Winterfrost das Wasser erstarren machen sollte, als das Licht noch auf seinem Spiegel spielte und ich, ohne Arges zu ahnen, am Ufer stand. Mein Freund ist tot, mein Nachbar ist tot, meine Geliebte, das Kleinod meiner Seele, ist tot; es ist die unerbittliche Besiegelung des Geheimnisses, das immer in dieser Individualität war und das ich bis an meines Lebens Ende in mir tragen werde. Gibt es auf einem einzigen der Friedhöfe der Stadt, durch die ich gehe, einen Schlummernden, der unerforschlicher wäre, als mir ihre geschäftigen Bewohner in ihrer innersten Persönlichkeit sind, oder als ich ihnen bin?

Was nun dies, seine natürliche und nicht zu entfremdende Erbschaft betrifft, so besaß der berittene Bote davon genau soviel, wie der König, der erste Staatsminister oder der reichste Kaufmann in London. Ebenso war's mit den drei Passagieren, die in den engen Raum einer schwerfälligen alten Postkutsche eingesperrt waren; sie waren einander so vollständig ein Geheimnis, als ob jeder für sich in seiner eignen sechs- oder sechzigspännigen Kutsche gesessen hätte, durch die ganze Breite einer Grafschaft voneinander getrennt.

Der Bote ritt in bequemen Trabe zurück und machte ziemlich oft bei Schenken an der Straße halt, um zu trinken, wo er aber immer eine Neigung zeigte, seine Sache für sich, und den Hut tief in die Stirn gezogen, zu behalten. Er hatte Augen, die zu dieser Neigung sehr gut paßten, schwarz, ohne Tiefe in Farbe oder Form, und viel zu nahe beieinander — als ob sie fürchteten, einzeln bei etwas ertappt zu werden, wenn sie zuweit auseinander blieben. Unter einem dreieckigen Hute gleich einem dreieckigen Spucknapfe, und über einem großen Wickeltuche für das Kinn und den Hals, das fast bis zu dem Knie des Reiters herabfiel, hatten sie einen finsteren Ausdruck. Wenn der Reiter anhielt, um zu trinken, schob er mit der linken Hand das Wickeltuch zurück, aber nur so lange, als er mit der rechten das Getränk hinuntergoß; sowie dies geschehen war, hüllte er sich wieder ein.

„Nein, Jerry, nein," sagte der Bote, immer noch mit diesem einen Gegenstande beschäftigt. „Das paßte nicht für dich, Jerry. Jerry, für einen so ehrsamen Bürgersmann paßte das nicht ins Geschäft! Wiederauferstanden! Soll mich der und jener holen, wenn ich nicht glaube, er hatte eins getrunken."

Die Botschaft verursachte ihm soviel Kopfzerbrechen, daß er sich mehrere Male genötigt sah, den Hut abzunehmen und sich hinter den Ohren zu kratzen. Außer auf dem Scheitel, der fast kahl war, hatte er steifes, schwarzes Haar, das in einzelnen Spitzen rund um ihn herum stand und niederwärts fast bis an seine breite, stumpfe Nase herangewachsen war. Es war Schlosserarbeit so ähnlich und sah soviel mehr dem Rande einer mit starken eisernen Spitzen besetzten Mauer, als einem wohlbehaarten Kopfe ähnlich, daß der geschickteste Bockspringer sich geweigert haben würde, darüberweg einen Sprung zu wagen.

Während er mit der Botschaft zurücktrabte, die er dem Nachtwächter in seinem Schilderhaus an der Tür von Tellsons Bank am Tempeltor übergeben sollte, der sie höheren Behörden drinnen zu übergeben hatte, nahmen nunmehr die Schatten der Nacht vor ihm solche Gestalten an, wie sie aus der Botschaft entstanden, und nahmen für das Pferd Gestalten an, wie sie aus dessen Privatveranlassungen zur Unruhe hervorgingen. Sie schienen zahlreich zu sein, denn das Tier scheute vor jedem Schritte auf der Straße.

Unterdessen rumpelte, polterte und ächzte die Postkutsche auf ihrem langweiligen Wege mit ihren drei unerforschlichen Passagieren weiter. Auch diesen zeigten sich die Schatten der Nacht in den Gestalten, die ihnen ihre halbschlummernden Augen und herumschweifenden Gedanken eingaben.

Tellsons Bank spielte in der Postkutsche eine große Rolle. Wie der Bankpassagier — den einen Arm in die lederne Schleife gelegt, die ihr möglichstes tat, ihn abzuhalten, auf den nächsten Passagier zu fallen und ihn in eine Ecke zu schieben, so oft die Kutsche einen ganz besonderen Stoß erhielt — auf seinem Platze mit halbgeschlossenen Augen nickte, wurden die kleinen Kutschenfenster und die matt durchschimmernden Kutschenlaternen und der in seinen Mantel gehüllte Passagier gegenüber die Bank, die ganz gewaltige Geschäfte machte. Das Klappern des Geschirres wurde zum Geldklimpern, und binnen fünf Minuten wurden mehr Tratten honoriert, als selbst Tellsons Bank mit aller ihrer Kundschaft im Auslande und im Inlande jemals in der dreifachen Zeit bezahlt hatte. Alsdann taten sich vor ihm die festen Keller unter der Bank mit den kostbaren Vorräten und Geheimnissen die der Passagier wußte (und er wußte nicht wenige davon), vor ihm auf, und er ging mit großen Schlüsseln und dem schwach brennenden Lichte hinein und fand alles sicher und unbesehen und unverraten, gerade, wie er es zuletzt gefunden hatte.

Aber obgleich ihm die Bank fast immer Gesellschaft leistete und obgleich sich die Kutsche (in einer verwirrten Weise, wie das Schmerzgefühl unter dem Einflusse eines Opiats) nie von ihm trennte, blieb auch noch eine andere Reihe von Eindrücken die ganze Nacht hindurch lebendig. Er war unterwegs, um jemanden aus einer Gruft herauszuholen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190201-15/fragment/page=0002

Vollmachten zu erbitten, so werde sie dazu durch das Verhalten weiter dänischer Kreise Nordschleswigs gedrängt, die ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkommen und dadurch die Ernährungsschwierigkeiten der Provinz vergrößern.

Wie wir hören, sind Vertreter der provisorischen Provinzialregierung zu Besprechungen mit der Reichsregierung in Berlin erschienen; sie erwarten, daß die Verhandlungen rasch zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.

## Immer noch Reventlow.

Von der Meinungsfreiheit, die in Deutschland nunmehr jedermann bewies, vom vorsintflutlichen Reaktionär bis zum wildesten Revolutionär, solange es bei den Worten bleibt und nicht zu Waffen kommt, hat am Mittwoch abend auch der berüchtigte Auslandspolitiker der Deutschen Tageszeitung, Graf Reventlow, Gebrauch gemacht. Die Petersilie ist freilich diesem eifrigen Länderschlucker am Redaktionsschreibtisch gründlich verhagelt. Aber er hat natürlich auch heute noch in allem recht gehabt. Er ist noch immer Monarchist, nur von Wilhelm II. will er nichts wissen, offenbar, weil der noch nicht genug nach dem Leitspruch der Konservativen war: „Und der König absolut, wenn er unseren Willen tut.“ Wer weiß, wem Reventlow die Kaiserkrone aufs Haupt drücken möchte.

In der Hauptsache aber ist Graf Reventlow der alte Desperadopolitiker geblieben, der er immer gewesen ist. Er gibt den deutschen Friedensunterhändlern den Rat, einfach die Unterschrift zu verweigern, wenn die Friedensbedingungen der Entente zu drückend würden: „Man sollte es dann darauf ankommen lassen; schlimmere Folgen als ein solcher Diktatfriede könnte auch solche Weigerung kaum haben. Gegen ein Volk, das wirklich nicht will, gibt es auf die Dauer kein Mittel.“

Man sollte wirklich einmal beim Grafen Reventlow die Speisekammer nachsehen. Die Speisekammer des deutschen Volkes ist nicht so gefüllt, daß sie sich eine Wiederholung der bolschewistischen Scherze aus Brest-Litowsk gestatten könnte. Um von unseren Feinden vernünftige Friedensbedingungen zu erlangen, sind solche Auftrumpfereien, hinter denen das leere Nichts gähnt, das ungeeignetste Mittel.

## Wagenmangel und Kohlennot.

Eine Folge der unerhört schweren Waffenstillstandsbedingungen, die unser rollendes Eisenbahnmaterial um den besten Teil verringerten, ist der gegenwärtig katastrophal auftretende Wagenmangel in den Bergbaubezirken. So wurden in der letzten Woche allein aus den Beständen des Eisenbahndirektionsbezirks Essen etwa 24 000 leere Wagen den feindlichen Mächten zugeführt; das bedeutet einen täglichen Ausfall von rund 6000 Wagen. Ferner müssen aus den Beständen vorgenannten Bezirks täglich 1300 Wagen für die Entente ausgesondert und abgefahren werden. Zwecks Prüfung der einwandfreien Beschaffenheit der Wagen müssen aber täglich etwa viermal soviel Wagen dem Betriebe entzogen werden, also etwa 5200 Waggons. Somit wird allein der Wagenpark des Ruhrbezirks bis jetzt täglich um 11 200 Waggons geschädigt. Da in letzter Zeit bei einer durchschnittlichen Wagenanforderung für Kohlen und Koks von 15—21 000 Wagen etwa 9—10 000 rechtzeitig gestellt werden konnten, so würden, wenn die 11 200 Wagen nicht fehlen würden, die jetzigen Anforderungen ohne jede Einschränkung erfüllt werden. Infolge der am 14. Januar angeordneten Wagensperre konnten vorübergehend 15 500 Waggons im Ruhrbezirk für die Kohlenabfuhr bereitgestellt werden. Doch ist mit der Beendigung der Sperre am 3. Februar mit einem Herabsinken der Ziffer wieder zu rechnen, zumal sich infolge der Abgabe der Lokomotiven an die Entente der Mangel an Lokomotivkraft auf das Empfindlichste fühlbar macht und in vielen Fällen dazu zwingt, ohne Rücksicht auf die Notlage einzelner Anlagen das Leermaterial da zur Verfügung zu stellen, wo es darauf ankommt. Vergleichsweise sei noch angeführt, daß die tägliche Wagengestellung im Ruhrbezirk im Frieden (1913) 82 000 Waggons betrug, im Kriege 23 600.

## Für ein ehrliches Völkerbundsprogramm.

33 Friedens- und Völkerbundsvereine der neutralen Länder verbreiten folgende Kundgebung:

„Die ganze Welt freut sich darüber, daß der große Krieg endlich sein Ende erreicht hat. Alle Menschen erwarten nun ernstlich, daß der kommende Friede auf einer soliden und dauerhaften Grundlage errichtet werde.

Die kleinen neutralen Staaten haben ihre Hoffnung für die Zukunft auf den Völkerbund gesetzt, dessen Schaffung die Regierungen aller kriegführenden Staaten angenommen haben. Wir fühlen den Drang in uns, alles zu tun, was in unseren bescheidenen Kräften steckt, auf daß dieses Programm ausgeführt werde, und wir unterstützen jede Bestrebung, welche uns dem großen Ziele friedlicher und gerechter Erledigung aller internationalen Streitigkeiten und allgemeiner Abrüstung näher bringt. Wir hoffen zuversichtlich, daß der kommende Völkerbund allen Nationalitäten das Selbstbestimmungsrecht sichern und allen Nationen Gleichberechtigung der wirtschaftlichen Entwicklung bringen wird, daß eine auf Recht begründete Organisation die internationale Anarchie überwindet. Die Wünsche und der Wille der Völker unterstützen diese Bestrebungen.“

Eine Konferenz der Friedens- und Völkerbundesvereine soll möglichst unmittelbar an den internationalen Sozialistenkongreß anschließen und eine permanente Kommission wählen, die Schlag auf Schlag alle Beschlüsse der Pariser Konferenz im Namen des Weltgewissens erwidert, die gegen die Idee eines gerechten Friedens und gegen die Grundsätze eines wahren Völkerbundes verstoßen.

## Kurze Nachrichten.

**Die preußische Regierung gegen eine Zerstückelung Preußens.** Die preußische Regierung hat einen Erlaß veröffentlicht, in dem sie sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Losreißung einzelner Teile von Preußen ausspricht und allen diesen Bestrebungen mit Nachdruck entgegentreten will.

**Der Zentralrat gegen die wilden Streiks.** Der Zentralrat hat einen Aufruf an die Eisenbahnarbeiter und Betriebsbeamten gerichtet, indem er sich gegen die wilden Streiks und die Gefährdung des Eisenbahnbetriebs wendet.

**Der Belagerungszustand in Wilhelmshaven ist wieder aufgehoben.** Es herrscht wieder vollkommene Ruhe, die Entwaffnung der Zivilisten ist nahezu durchgeführt. Den Kommunisten, die einen Anschlag auf die Reichsbank machten und dabei 7¼ Mill. Mark, darunter 2 Mill. Mk. in Gold, raubten, wurde ihr Raub bis auf 400 000 Mark wieder abgenommen.

Die „Freiheit“ wirft heute der Regierung in der schärfsten Weise Schlappheit in der Durchführung der demokratischen Reformen vor. Der Träger der partikularistischen Bestrebungen, ihr Vorkämpfer und leidenschaftlicher Hauptverfechter Kurt Eisner ist Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Der Artikel der Berliner klinischen Wochenschrift, indem die Folgen der Aushungerung Deutschlands geschildert werden, ist von der deutschen Waffenstillstandskommission dem General Nudant übergeben worden.

Die Stadt Berlin will für die bei den Revolutionskämpfen entstandenen Schäden nicht haften.

# In Preußen: 168 Sozialdemokraten, 233 Bürgerliche

Jetzt endlich liegt das endgültige Wahlresultat der Preußenwahlen vor. Vorläufig allerdings ist es noch nicht amtlich und kleine Veränderungen sind somit immer noch möglich. Die Verteilung der Mandate wird folgende sein:

| Wahlkreis | Zu wählende Abgeordnete | Sozialdem. | Unabhängige | Demokraten | Konservative | Nationallib. | Zentrum | Verschiedene |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. Ostpreußen | 21 | 10 | — | 4 | 3 | 2 | 2 | — |
| 2. Westpreußen | 17 | 6 | — | 5 | 4 | — | 2 | — |
| 3. Stadt Berlin | 21 | 8 | 6 | 3 | 2 | 1 | 1 | — |
| 4. Potsdam 1—9 | 15 | 6 | 2 | 3 | 3 | 1 | — | — |
| 5. Potsdam 10 | 13 | 5 | 2 | 2 | 2 | 2 | — | — |
| 6. Rg.-Bz. Frankfurt a. O. | 12 | 6 | — | 3 | 3 | — | — | — |
| 7. Pommern | 17 | 7 | — | 3 | 5 | 2 | — | — |
| 8. Posen | 21 | 2 | — | 4 | 9 | 5 | 1 | — |
| 9. Reg.-Bez. Breslau | 18 | 9 | — | 2 | 3 | — | 4 | — |
| 10. Oppeln | 22 | 7 | 2 | 1 | 1 | — | 11 | — |
| 11. Liegnitz | 12 | 6 | — | 3 | 2 | — | 1 | — |
| 12. Magdeburg | 12 | 7 | — | 4 | 1 | — | — | — |
| 13. Merseburg-Erfurt | 19 | 3 | 8 | 5 | 2 | — | 1 | — |
| 14. Schleswig-Holstein | 16 | 8 | — | 5 | 1 | 1 | — | 1* |
| 15. Aurich-Osnabrück-Stade | 11 | 3 | — | 3 | — | 1 | 2 | 2 |
| 16. Hannover-Hildesheim | 19 | 9 | — | 1 | — | 2 | 3 | 4 |
| 17. Münster-Minden | 18 | 5 | — | 1 | 1 | 1 | 10 | — |
| 18. Arnsberg | 23 | 10 | 1 | 1 | 3 | 2 | 7 | — |
| 19. Hessen-Nassau | 22 | 9 | — | 5 | 2 | 1 | 5 | — |
| 20. Köln-Aachen | 19 | 5 | — | 1 | — | 1 | 12 | — |
| 21. Koblenz-Trier | 18 | 4 | — | 2 | — | — | 12 | — |
| 22. Düsseldorf 1 | 18 | 5 | 3 | 2 | 3 | — | 5 | — |
| 23. Düsseldorf 2 | 16 | 4 | — | 1 | 1 | 1 | 0 | — |
| * Bauerndemokrat. | 401 | 144 | 24 | 63 | 50 | 25 | 88 | 7 |

Der große Aufschwung, den die Sozialdemokratie am 19. Januar nahm, brachte naturgemäß auch eine sehr große Zahl von Wählern an die Urne, die noch niemals vorher gewählt hatten und dem politischen Getriebe daher immer nur ein sehr bescheidenes Interesse entgegengebracht haben. Für viele von ihnen war mit dem gewaltigen Erfolg der Sozialdemokratie augenscheinlich auch das Interesse an der Wahl wieder erloschen. Mancher wird sich gesagt haben, daß es auf ihn nicht ankomme, da der Sieg ja sicher sei. Und aus dem einen wurden zehn, hundert und so fort in die Tausende. Jeder wird sich heute, wenn er den Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen liest, wahrscheinlich Vorwürfe machen und sagen: Da hättest du doch wählen gehen sollen!

Trotz alledem aber kam das Ergebnis der preußischen Wahlen kurz dahin zusammengefaßt werden, daß die preußische Nationalversammlung fast genau dieselben Mehrheitsverhältnisse aufweisen wird wie die reichsdeutschen. Damit ist der Zustand geschaffen, der stets als Voraussetzung einer gesunden Reichspolitik bezeichnet wurde, aber im alten Deutschland sich fast niemals herbeiführen ließ, weil im Reiche das gleiche, in Preußen das Dreiklassenwahlrecht herrschte.

Wir haben in Preußen wie im Reiche jetzt eine überragend starke sozialistische Mehrheitsfraktion, die zwar nicht die absolute Mehrheit, auch nicht mit der kleinen linksstehenden unabhängigen Gruppe zusammen, ausmacht, aber durch ihre Mächtigkeit und Geschlossenheit der Bildung jedweder gegen die Arbeiterschaft gerichteten Mehrheit hindernd im Wege steht. Zwar läßt sich in Preußen wie im Reiche theoretisch eine rein bürgerliche Mehrheit bilden, aber selbst die Tägliche Rundschau muß zugestehen, daß diese Mehrheit lediglich auf dem Papier steht. Eine sozialdemokratisch-demokratische Mehrheitsbildung erscheint in Preußen wie im Reiche als das natürliche und gegebene, freilich ist Voraussetzung hierzu, daß die bürgerlichen Demokraten über einige schwankende Gestalten in ihren eigenen Reihen Herr werden.

Die Reaktionäre aller Schattierungen zeigen plötzlich große Genügsamkeit. Sie jubeln bereits, weil sie nicht gänzlich von der Bildfläche verschwunden sind. Einstmals herrschten die Konservativen fast unumschränkt in Preußen, jetzt dünken ihnen einige 40 von 400 Mandaten bereits ein großer Erfolg ihrer Sache. Selbst mit dem Häuflein der deutschen Volkspartei, selbst mit dem immerhin noch ansehnlicher gebliebenen Zentrum verbunden, bilden sie im neuen Preußen eine schwache Minorität, der jede Aussicht auf Herrschaft versagt ist. Auf dem flachen Lande, ihrer eigentümlichen Herrschaftsdomäne, sind die Konservativen gänzlich zusammengebrochen. Aber in Berlin und Vororten haben sie unter dem Einfluß der Spartakuswirren die Angststimmung von ein paar Tausend Spießern hinzugewonnen. Darüber eitel Triumphgeschrei in der konservativen Presse. Man soll großmütig sein und auch dem Unterlegenen seinen Trost gönnen.

Jedenfalls haben die Wahlen das neue Preußen als ein demokratisches Staatswesen gesichert. Zwischen ihm und dem alten Preußen wird in Zukunft nur noch die Namensgleichheit bestehen. Das preußische Volk hat gezeigt, daß es an demokratischer und sozialistischer Gesinnung hinter keinem anderen Volksstamm Deutschlands zurücksteht.

# Lokales und Provinzielles.

Halle, 1. Februar 1919.

## Erwerbslosigkeit als Erwerb.

Unter dieser Ueberschrift bringt die Hallische Zeitung einen Artikel, in dem sie ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ ins rechte Licht setzt. Es liegt ihr schwer im Magen, daß man Arbeiter, die, nachdem sie vier Jahre und länger die Reichsgrenzen geschützt haben und jetzt durch die Verhältnisse, die der Krieg und sein Ausgang gebracht hat, arbeitslos wurden und dem Nichts gegenüberstanden, unterstützte und ihnen die Mittel zum Existieren gab. Die Arbeitslosenunterstützung hat es den Herren angetan und sie schreien nach Arbeitszwang. Auch wir wollen, daß jeder arbeitet, und bekämpfen alle Auswüchse auf diesem Gebiete, aber wir müssen doch erklären, daß es gemein ist, Einzelerscheinungen, und diese sind es, einer ganzen großen Klasse vorzuwerfen. Erst sollten die Herren einmal daran denken, was geworden wäre, wenn man Hunderttausende in den Großstädten mittellos, ohne Aussicht auf Verdienst und ohne jegliche Unterstützung gelassen hätte. Hunger und nackte Not sind rücksichtslose Gesellen, sie hätten die Massen unter den obwaltenden Verhältnissen gezwungen, zu nehmen, wo was ist. Vorbei wäre es mit Ruhe, Ordnung und Eigentum gewesen, und die, die jetzt in warmen Stuben und an gutgedeckten Speisetischen sitzen, würden Zeter und Mordio schreien, daß die Regierung nicht vorbeugende Maßregeln gegen die Anarchie ergriffen hätte.

Arbeitszwang erfordert aber für die Gegenseite Forderungen, einen empfindlichen Druck auf die Arbeitgeber, bei denen jetzt noch Arbeitermangel ist. Es ist so leicht gerufen, die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen aufs Land, dort fehlt es an Arbeitskräften. Ganz recht und nichts ist so notwendig, daß in der Landwirtschaft und in den Bergwerken gerade jetzt produktive Arbeit geleistet wird. Aber wie sieht es denn da aus. Auch die Arbeiter wollen ein Leben führen, das menschenwürdig ist, und um dies zu haben, brauchen sie vor allem Wohnungen und auskömmliche Bezahlung. Und damit hapert's. Wir haben ein Beispiel dafür ganz in der Nähe von uns. In Merseburg fanden am 21. d. M. Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Landwirtschaft statt, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen für den ganzen Kreis zu regeln. Die Arbeitnehmer forderten 45 Pfg. Stundenlohn, die Arbeitgeber boten ganze 25 Pfg. die Stunde. Die Verhandlungen sind natürlich gescheitert, und zwar an der Einsichtslosigkeit und Hartköpfigkeit der landwirtschaftlichen Arbeitgeber. An wem liegt es also, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen sich sträuben, aufs Land zu gehen? An der Faulheit der Arbeiter? Nein, an dem rücksichtslosen Egoismus der Arbeitgeber, die auch weiterhin die Landarbeiter als Sklaven betrachtet wissen wollen. Die Zeiten sind allerdings vorbei, und solange nicht tatsächlich auch den Landarbeitern ein Existenzminimum und eine menschenwürdige Lebensmöglichkeit gesichert ist, soll man nicht zetern, daß die Arbeitslosen nicht aufs Land gehen wollen, um dort den Arbeitermangel zu beheben.

Der gegenwärtige Zustand ist allerdings unerträglich, die untätigen Hände müssen sich wieder rühren, es muß gearbeitet werden und da vor allem in der Landwirtschaft und im Bergbau — aber da müssen eben gewisse Vorbedingungen erfüllt werden, muß durchgegriffen werden. Es müssen auf dem Lande menschenwürdige Unterkünfte geschaffen und Löhne gezahlt werden, die gestatten, den jetzt so erschwerten Lebensunterhalt tatsächlich zu bestreiten. Also laßt das Fingerzeigen auf die „faulen“ Arbeiter und denkt alle daran, die ihr jetzt mit den Verurteilen so schnell bei der Hand seid, ob ihr für 25 Pfg. Stundenlohn arbeiten und euch mit einer provisorischen Massenunterkunft bescheiden würdet.

**Bitterfeld. Städtischer Beitrag zu Wohnungskosten.** Die Stadtverordneten stimmten in ihrer letzten Sitzung zu, daß die Stadt ein Viertel der durch die Errichtung von hundert Wohnungen seitens des Hallischen Bauvereins entstehenden Baukostenüberteuerung übernimmt. Es kommt ein Betrag von 80 000 Mark in Frage.

**Zeitz. Im Scherz getötet.** Die Verkäuferin Anna Winkler ist von einem Automobilposten des Inf.-Regts. Nr. 137 im Wachtlokal erschossen worden. Der Musketier Höfner als Wachthabender legte aus Unsinn auf die Wand der Wachtstube an. Auf unerklärliche Weise war das Gewehr entsichert und der Schuß ging los. Die Kugel soll auf einen harten Gegenstand aufgeschlagen haben und traf als Querschläger die sich im Wachtlokal aufhaltende Anna Winkler an den Kopf; sie war sofort tot.

**Zeitz. Butterverkauf** findet am Montag, den 3. Febr., von nachm. 2 Uhr statt, und zwar 70 Gramm auf die Butterkarte vom 20. Januar bis 2. Februar, Preis 56 Pf. Bezirk 2: Molkerei Maier, Wendischestr., Karl Uhlein, Wendischer Berg, Chr. Elsässer Nachf., Wendischer Berg, Arno Vollwerth, Schützenstr., Karl Krug, Schützenstr., Louis Dietzsch, Posserstr. Bezirk 3: Werner Bräunlich, Parzellenstr., Herm. Wagner, Kalkstr. Bezirk 4: Bruno Häber, Michaeliskirchhof, Konsumverein, Neumarkt. Bezirk 5: Joh. Herrmann, Messerschmidtstr., Hugo Schödel, Rahnestr. Bezirk 6: Anna Sippel, Parkstr., Rothe & Sohn, Brühl, Gebr. Pölitz, Wasservorstadt.

**Naumburg. Zuckerkartenausgabe.** Die Zuckermarken für den Monat Februar werden in der Kartenhauptstelle (alte Luisenschule) am 31. Januar und 1. Februar gegen Vorlage der Lebensmittelkarten (Brotkarten) ausgehändigt.

**Naumburg. Auszahlung der Kriegsunterstützung.** Die nächste Auszahlung der Familienunterstützungen findet Montag, den 3. Februar, für die Buchstaben A—L und Dienstag, den 4. Febr., für M—Z vorm. 8½—12 Uhr in den Räumen des Verwaltungsgebäudes Seilergasse 6/10 statt. Abzahlungen auf Kartoffeln werden entgegengenommen.

## Franz Mehring †.

Im Grunewald-Sanatorium in Berlin ist, wie wir schon kurz berichtet haben, in der Nacht zum Mittwoch der Schriftsteller Dr. Franz Mehring gestorben. — Franz Mehring war von der bürgerlichen Demokratie zur Sozialdemokratie herübergekommen. Unter dem Ausnahmegesetz nahm er einen politischen Frontwechsel vor und begann die Sozialdemokratie wieder in der schärfsten Weise zu bekämpfen. Später söhnte er sich mit der Partei wieder aus und hat ihr auf schriftstellerischem Gebiete manchen wertvollen Dienst erwiesen. Was Mehring nach dieser Richtung hin für die Partei geleistet hat, wird ihm immer unvergessen bleiben. Er war bekannt dafür, daß er eine überaus scharfe Feder führte und Rücksichten weder gegenüber Freund noch Feind kannte. Das hat dazu geführt, daß er eigentlich mehr gefürchtet als geliebt war. In seinen Angriffen schoß er vielfach über das Ziel hinaus, und diese seine Kampfesweise wurde von Bebel einmal dahin charakterisiert, daß Franz Mehring ein „psychologisches Rätsel“ sei. Als die Parteispaltung eintrat, trat Mehring auf die Seite der Unabhängigen und brach mit der Partei, die er nunmehr wieder, genau wie vor Jahrzehnten, in der gehässigsten Weise bekämpfte. Trotz alledem wird ihm die deutsche Arbeiterklasse nie vergessen, daß er ihr in der „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ ein Werk geliefert hat, das von bleibender Bedeutung sein wird, ganz abgesehen von der Menge der Beiträge, die er in der „Neuen Zeit“ veröffentlichte und die man auch dann mit Genuß gelesen hat, wenn man mit Inhalt und Tendenz nicht einverstanden war.

Mehring war unzweifelhaft eine aufrechte Natur, in jedem Augenblick voll durchdrungen von der Sache, die er verfocht und bereit, sich ihr ganz hinzugeben, ohne Rücksicht auf sich, ohne Schonung für die Andersdenkenden. Mit dieser Natur war Mehring für eine kämpfende Partei, die wie ein Heer auf Disziplin beruht, oft äußerst unbequem. Er hat auch politisch nie eine führende Rolle zu spielen vermocht. Dafür fehlte ihm Gleichmäßigkeit, Stetigkeit und wirkliches Verständnis für die Alltäglichkeit des Proletarierlebens. Wohl aber hat Mehring wissenschaftlich für die Sozialdemokratie Unvergängliches geleistet. Seine glänzenden Broschüren gegen Treitschke und Eugen Richter haben diese Sozialistentöter unsterblich lächerlich gemacht. Seine Lessinglegende, seine Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, seine Bearbeitung des Marxschen Nachlasses, seine Studien über Lasalle und Schweitzer und seine große Marxbiographie werden gelesen werden, solange deutsche Proletarier nach Bildung dürsten und deutsche Intellektuelle sich nach dem Einssein mit dem Volke sehnen und sich an Geistesschärfe und Sprachschönheit berauschen.

Während des Krieges wurde Franz Mehring Spartakist. Aber die Richtung tut bei einem Wissenschaftler und Sprachformherrscher wie Mehring wenig zur Sache. Sein Lebenswerk gehört der deutschen Arbeiterklasse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751919020115/fragment/page=0003

Alte Promenade 11a
Fernruf 5738.

U.T

Leipzigerstrasse 88
Fernruf 1224.

Das neue
Monumental-Filmwerk

Eine Kunstschöpfung von
unvergleichlicher Schönheit

**Carmen.**

Grosses dramatisches Schauspiel
mit span. Original-Stierkämpfen
in 6 Akten.

Hauptrollen:
Pola Negri,
Harry Liedtke.

Vorführung: 3.00 4.50 6.40 8.30

**Henny Porten**
in
„Die Dame, der Teufel
und die Probiermamsell".
Eine teuflische Komödie
in 4 Akten.
Vorführung: 3.00 4.50 6.40 8.50.

**Mater dolorosa.**
(Duldende Mutter).
Ergreifendes Gesellschafts-Drama
in 3 Akten.
Hauptrollen:
Ingeborg Spangsfeld,
Alf Blütecher.
Vorführung: 4.10 6.00 8.00.

2159 Beginn: 3 Uhr.

# Freiwillige vor!

Kameraden! Deutschland ist in schwerer Gefahr! **Während wir an dem Ausbau unserer inneren Freiheiten arbeiten, ist die Freiheit unserer Landsleute im Osten, aus dem täglich erschütternde Hilferufe an uns gelangen, von außen bedroht. Noch ein paar Tage ohne energische Abwehr, und wir müssen befürchten, daß weitere Gebiete im Osten dem polnischen Imperialismus zum Opfer fallen,** der unter Brechung von Gesetz und Landesfrieden die schwerste Stunde der jungen deutschen Republik mißbraucht. Die Regierung und Volk protestieren gegen diese Versuche, vor Friedensschluß die Welt vor fertige Tatsachen zu stellen. Wir haben die Wilson-Punkte als Grundlage für den künftigen Frieden angenommen und werden sie gewissenhaft halten.

Kameraden! **Proteste allein nützen nichts,** sie ersetzen die Nahrungsmittel nicht, die uns gesperrt werden, sie schaffen die Kohlen nicht, ohne die unser Wirtschaftsleben zugrunde gehen muß, sie bringen uns das Ansehen nicht zurück, das uns verlorengeht. Sie helfen den Kameraden in den Ostsee-Provinzen zu keinem ungestörten Abzug. **Wehren müssen wir uns. Meldet euch freiwillig zum Grenzschutz;** bei jedem Bezirkskommando werden Meldungen entgegengenommen und euch die günstigen Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Anwerbungen von Freiwilligen erfolgt. Wir wollen euch in keinen neuen Krieg führen. Ihr sollt **das Vordringen von Landesfriedensbrechern aufhalten.** Ihr sollt das Ueberrumpeln wehrloser Städte und Dörfer verhindern. Ihr sollt es unmöglich machen, daß Fremde nach Deutschland wie in ein herrenloses Haus eindringen und sich festsetzen. Ihr sollt als republikanische Wehrmänner die Errungenschaften der Revolution sicherstellen und die im Innern geschaffenen Neueinrichtungen verteidigen. Noch jede Revolution, die französische wie die russische, hat unter der Fahne ihrer neuen Ideale freiwillige Armeen aus der Erde gestampft. Folgt dem Rufe der deutschen Revolution! Sie kann ohne eure Hilfe ihre Ziele nicht erreichen. Zeigt, daß die Revolution den Militarismus getötet hat, aber nicht die freiwillige Schutzbereitschaft ihrer freiwilligen Bürger. Die Republik ruft euch, sie sorgt für euch, aber sie braucht euch auch. **Freiwillige vor!**

**Die Reichsregierung.**
**Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissel.**

---

**Generalkommando IV. Armeekorps.**
Abt. Ia Nr. 300.

Magdeburg, den 15. Januar 1919.

## Ausführungsbestimmungen:

I. Freiwillige für die Gebiete des Befehlsbereichs Obost — **außerhalb** der Reichsgrenzen — und Grenzschutz Ost — **innerhalb** der Reichsgrenzen — können sich bei

**jedem Garnisonkommando oder Bezirkskommando**

melden, die nähere Auskunft erteilen.

**Unmittelbare** schriftliche oder mündliche Meldungen beim Kriegsministerium, Obost, Generalkommando oder einer anderen Dienststelle sind **zwecklos** und werden **nicht berücksichtigt.**

II. Jeder Freiwillige hat seinen **Entlassungsanzug** mitzubringen. Soweit er noch feldbrauchbar, kann er vom Staat gegen den Abschätzungswert abgekauft werden. Ein entsprechender Vermerk in den Militärpaß ist aufzunehmen.

III. **Bedingungen:**

1. In Betracht kommen nur felddienstfähige, moralisch einwandfreie Persönlichkeiten, die mit der Waffe ausgebildet sind. Sie müssen mindestens halbes Jahr Frontdienst getan haben. Hierunter ist zu verstehen:
   a) Infanterie und Artillerie: Verwendung im Bataillons- oder Batterieverbande;
   b) Kavallerie: Verwendung im Kavallerie-Schützenregiment oder als Div.-Kav.;
   c) Pioniere: Verwendung im Kompagnie-Verbande;
   d) Nachrichten-, Eisenbahn-, Fliegertruppen und Kraftfahrer: Verwendung bei Feldformationen im Operations- oder Etappengebiet;
   e) Trainformationen: Verwendung bei Feld- oder Etappen-Formationen.

   Auch Matrosen, die infanteristisch ausgebildet sind und sonst den Bedingungen entsprechen, können angeworben werden.

   Jahrgang 99 oder jüngere kommen vorläufig nicht in Frage.
2. Verpflichtung auf einen Monat vom Tage des Eintreffens beim Truppenteil mit vierzehntägiger Kündigungsfrist am 1. und 15. d. M. Wird die Kündigung zu dieser Frist von einer der beiden Seiten nicht ausgesprochen, so gilt der Vertrag um einen Monat verlängert. Die Entlassung eines Freiwilligen kann nur von dem Truppenteil ausgesprochen werden, bei dem er Dienst tut.
3. Unterordnung unter die eingesetzten Vorgesetzten, **denen Soldaten-(Vertrauens-)Räte zur Seite stehen.** Anerkennung der bisher gültigen Kriegsgesetze. (Aenderung derselben ist eingeleitet.)
4. Anerkennung nachstehender Gebührnisse für Obost und Grenzschutz Ost, gültig vom 1. 1. 1919 ab:

   A. Offiziere und Beamte:
   a) mobile Gebührnisse,
   b) soweit sie als Offiziere nach Maßgabe ihrer Kriegsstelle, als Beamte nach Maßgabe ihrer Friedensstelle, auf Wohnungsgeldzuschuß Tarifklasse 3—6 angewiesen wären, eine Zulage von 5 Mark täglich, zahlbar am Monatsdrittel nachträglich.

   B. Unteroffiziere und Mannschaften:
   a) mobile Löhnung nach den Dienstgraden, mindestens 30 Mark monatlich,
   b) Zulagen: Im Grenzschutz Ost 5 Mk. täglich. Im Gebiet des Obost außerhalb des Reiches 5 Mark täglich und eine monatlich nachträglich zu zahlende Treuprämie. Diese beträgt für den 1. Monat 30 Mark, für jeden weiteren Monat steigend um 5 Mark bis zu 50 Mark.
5. Verpflegung:
   a) Im Gebiet des Obost: Mobile Verpflegung.
   b) Im Grenzschutz Ost: Stäbe und Truppen erhalten Feldportionen aus den Truppenküchen. Selbstbeköstigung ist unzulässig. Läßt sie sich in Einzelfällen nicht umgehen, so ist eine Entschädigung von 5 Mark für den Tag zuständig. In jedem Falle ist jedoch die Entscheidung des Generalkommandos einzuholen.
6. Unterkunft:
   Sowohl im Gebiet des Obost als auch im Grenzschutz Ost ist die Unterkunft der Offiziere und Mannschaften frei.
7. Versorgung:
   a) Die Freiwilligen gelten als vorübergehend zum aktiven Militärdienst herangezogen im Sinne der Militärversorgungs-Gesetze.
   b) Die Ansprüche auf Familienunterstützung laufen weiter und werden neu begründet.
   c) Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heere.

Von seiten des Generalkommandos.
Der Chef des Generalstabes.
v. dem Hagen,
Oberstleutnant.
Der Exekutivausschuß IV. Armeekorps.
Bock. 2071

Stadt-Theater
Sonntag, den 2. Febr. 1919, nachm. 2½ Uhr, Fremdenvorstellung zu ermässigten Preisen:
**Tiefland.**
Abds. 6½, Ende 9½ Uhr:
**Die Fledermaus.**
Operette von Joh. Strauss.
Montag, den 3 Febr. 1919
Anf. 6½, Ende 9¾ Uhr:
Die lustigen Weiber von Windsor.
Kom. Oper von Nicolai.

**Thalia-Theater.**
Gastspiel des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 2. Februar 1919, abends 7½ Uhr:
**Renaissance.**
Lustspiel von Schönthan Koppel-Ellfeld.
2161

**Zoo.**
Sonntag, d. 2. Febr. 1919, nachm. 3½ Uhr:
**Konzert**
vom
Görlach-Orchester.
Leitung:
Musikdirektor H. Görlach.
Eintrittspreise:
Erwachsene 50 Pf., Kinder 20 Pf., Militär ohne Dienstgrad zahlt vormittags 10 Pf., nachm. 20 Pf.
Donnerstag, d. 6. Febr. 19, abends 7 Uhr:
V. Gesellschafts-Konzert
vom
Stadttheater-Orchester.

**Gasthof Schlettau.**
Sonntag, den 2. Februar, von nachmittag 2 Uhr ab
**Ballmusik.**
2150 Brömme.

**Packpapier**
empfiehlt 2155
J. Zoebisch, Grosse Steinstr. 82.

**Schluss**
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 10 Uhr.

**Hohenmölsen.**
**Preussischer Hof.**
Mittwoch, 5. Februar, abends 7 Uhr
**Großes Militär-Konzert,**
ausgeführt vom Musikkorps des Inf.-Regts. 106 aus Leipzig.
Leitung: Musikmstr.-Anw. Otto Laudmann. 2154
Nach dem Konzert: **Ball.**

**Das Kommunistische Manifest.**
Mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels und einem Vorwort von Karl Kautsky.
Preis: 50 Pfennig
Zu haben in der
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

**Landesverein für Vorgeschichte.**
Montag, den 3. Februar, nachmittags 6 Uhr, im grossen Hörsal der Universität
**Vortrag**
mit Vorführungen von
Geheimrat Professor Dr. Fleischer-Berlin
„Die älteste Musik der Germanen und anderer Völker (Griechenland, Asien)".
Für Mitglieder freier Eintritt gegen Ausweis der Mitgliedskarte, sonst Eintritt 50 Pfg. Hahne. 2150

Gummierte und wasserdichte
**Bettstoffe**
in guten Qualitäten sowie Bedarfsartikel für Wöchnerinnen und deren Säuglinge empfiehlt 2068
C. Klappenbach,
Große Ulrichstraße 41.

**Provinzialmuseum.**
Volkstümliche Führungen für Jedermann.
jeden 1. und 3. Sonntag im Monat früh 10—11.
jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat früh 7 ¼—8¼.
Eingang Wettiner Platz. Eintritt 25 Pfg. 2151

Nachdem nunmehr sämtliche hiesigen
**Rechtsanwälte,**
die zum Heeresdienst eingezogen waren,
ihre Praxis wieder aufgenommen haben,
bitten wir die Rechtsuchenden, denselben das frühere Vertrauen wieder zuzuwenden. 2156
**Vereinigung Hallischer Rechtsanwälte.**

**Stellen finden**
Stelle Ostern für meine
Polster- und Dekorations-Werkstatt
einen Lehrling
etn. Gittel, Henriettenstr. 26.

Stelle Ostern für meine
Polster- und Dekorations-Werkstatt
**einen Lehrling**
ein. 2140,49
Gittel, Henriettenstraße 26.

Ordentliche
**Zeitungsträgerinnen**
bei höchstem Lohn
gesucht.
Verlag der „Volksstimme"
Große Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190201-15/fragment/page=0004

# Beilage zur Volksstimme.

Nr. 27. Halle, Sonnabend, den 1. Februar 1919. 3. Jahrgang.

## Karl Kautskys Aktionsprogramm der Unabhängigen.

In der letzten Parteiversammlung der hallenschen Unabhängigen wurde die Forderung nach einem Aktionsprogramm ausgesprochen. Karl Kautsky veröffentlicht jetzt als besondere Beilage zur Freiheit ein Aktionsprogramm, das er sich als Ergänzung und Erweiterung des Erfurter Programms denkt. Es ist noch nicht in programmatische Formen gegossen, sondern eher als lehrhafte Abhandlung gegeben; aber es wird keine große Mühe machen, den Hauptinhalt der Kautskyschen Darlegungen schlagwortartig zusammenzufassen. Und wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir nach der ersten Durchsicht geneigt sind, **dieses Programm ohne weiteres als Programm einer einheitlichen Sozialdemokratie anzunehmen** und zur Richtschnur der sozialistischen Politik in der Uebergangszeit zu machen.

Kautsky stellt sich zunächst prinzipiell auf den Standpunkt der Demokratie. Er fordert weitgehende Selbstverwaltung der Stadtgemeinden und Landkreise, sowie der Provinzen im Rahmen der Staatsgesetze, das demokratische Parlament als höchstes Organ des Volkswillens. Auch gegen sein Verlangen nach schleunigster Auflösung des stehenden Heeres und Schaffung einer Volkswehr mit nur ganz wenigen Berufsoffizieren machen wir uns durchaus zu eigen — sobald der Friede geschlossen ist. Nur solange der Krieg noch fortdauert, und das ist heute namentlich im Osten der Fall, kann man das Heer nicht zerschlagen, ehe man ein neues hat. Jedenfalls steht in Kautskys Aktionsprogramm kein Wort von diktatorischen Zwischenzuständen, von unabhängigen Freistaatspräsidenten wie Merges in Braunschweig oder Eisner in München, die nach einem für sie vernichtenden Wahlausfall am Amte kleben, sondern nur von einem konsequenten Ausbau der Demokratie nach allen Richtungen. Darin vor allem pflichten wir Kautsky bei, und wenn Kautsky in der U. S. P. D. mit diesen Anschauungen herrschte, statt mit ihnen in einer hoffnungslosen Minderheit zu sein, wäre die Parteispaltung morgen überwunden.

Kautsky wendet sich dann den Problemen der Wirtschaftsführung zu. Dazu sagt er sehr treffend:

„Noch eindringlicher als die Frage der Produktionsweise ist die der Produktion selbst. Der Krieg hat die Produktion gewaltsam unterbrochen. Sie wieder zu beleben und in Gang zu bringen, ist unsere dringendste Aufgabe. Sie bildet die Vorbedingung jedes Versuchs einer Sozialisierung der Produktion."

Diese ausgezeichneten Worte, diese einleuchtende Wahrheit sollte man ständig allen Narren entgegenhalten, die jetzt Hals über Kopf das vorhandene Nichts sozialisieren möchten und der Sozialdemokratie Vorwürfe machen, wenn sie ihre Lollhauspolitik nicht mitmacht.

Die Produktion bedarf der Produktionsmittel und der Arbeiter. „Was die Arbeiter anbelangt" — sagt Kautsky — „so ist neben der Erwerbslosenunterstützung auch eine Arbeitsvermittlung einzurichten, die sich über das ganze Reich ausdehnt und zu gleichen Zeiten aus Vertretern der Arbeiter, der Unternehmer sowie der Republik besteht. Diese Arbeitsvermittlung muß das Recht haben, für jeden Produktionszweig und jede Gegend Mindestlöhne und Maximalarbeitszeiten, sowie sonstige Arbeitsbedingungen festzusetzen. Sie verweigert es, Betrieben Arbeiter zuzuweisen, die jene Festsetzung ablehnen. Andererseits erteilt ein Arbeiter seinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung, der sich ohne triftigen Grund weigert, Arbeit in einem Betriebe anzunehmen, für den er vorgebildet ist, und der die Arbeitsbedingungen der Arbeitsvermittlung anerkennt."

Auch Kautsky tritt also für eine Arbeitspflicht ein, die mit Hilfe der Einziehung der Arbeitslosenunterstützung durchgeführt werden soll. Als jüngst die gegenwärtige Regierung sich auf den gleichen Standpunkt stellte, nannte die Leipziger Volkszeitung das ein infames Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, und beschimpfte Ebert und Scheidemann in einer Weise, die man unter anständigen Leuten nicht wiederzugeben vermag. Aber Kautsky geht noch weiter und wendet sich scharf **gegen die Streikwut.** Er bezeichnete den Streik als ein unerläßliches Mittel gegen kapitalistische Ausbeutung in einem Staate, dessen Staatsgewalt in den Händen der Kapitalisten ist. Für einen Staat, in dem die politische Gewalt bei den Arbeitern liegt, will er das zerstörende Gewaltmittel des Streiks ausschalten und die Ansprüche der Arbeiter durch Methoden wahren, die den Produktionsprozeß weniger hemmen und stören. „Das ist namentlich wichtig heute, nachdem der Krieg Deutschland so unendlich verarmt hat, daß jeder Streik doppelt verheerend wirkt."

Als Abschluß der Kautskyschen Untersuchungen über die Sozialisierung darf man wohl folgenden Weisheitsspruch ansehen: „Gerade weil die Aufgabe so wichtig und weittragend ist, läßt sie sich nicht im Handumdrehen durchführen, sondern nur schrittweise, und nach sorgfältiger Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse und Vorbereitung der Neuordnung." Sowohl in dieser Auffassung des Sozialismus wie im Bekenntnis zur Demokratie **ist die ganze Mehrheitssozialdemokratie auf Kautskys Seite.**

Natürlich bleiben noch einige Punkte übrig, bei denen Meinungsverschiedenheiten bestehen. So lehnt Kautsky zwar die Enteignung der Bauern ab, will aber auf der anderen Seite nichts von der Innenkolonisation, der Schaffung neuer Bauernstellen auf Kosten des Großgrundbesitzes, wissen.

Aber diese Differenzen sind wahrhaftig nicht groß genug, um eine Zerreißung der proletarischen Bewegung zu rechtfertigen. Wenn die U. S. P. D. Kautskys Aktionsprogramm annimmt, und sich zugleich damit einverstanden erklärt, daß innerhalb der Parteiorganisation die Mehrheit entscheidet, dann gehört die Spaltung der sozialdemokratischen Bewegung binnen kürzester Zeit der Vergangenheit an. Leider wird man sich nicht der Hoffnung hingeben dürfen, daß die Mehrheit der Unabhängigen den verständigen Gedankengängen der Kautsky, Haase und Dittmann folgt, und leider haben diese bisher auch noch nie den Mut bewiesen, ihren Standpunkt entschlossen gegenüber den Gewaltarbeitern und den schnell fertigen Enteignern kraftvoll zu wahren.

•

**Wie man in unabhängigen Kreisen über die Einigungsbestrebungen denkt, kann man alltäglich in den Spalten der Leipziger Volkszeitung, dem Zentralorgan der Unabhängigen, lesen. Dort schreibt man zu Kautskys Aktionsprogramm: Genosse Karl Kautsky veröffentlicht Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm, das offenbar der Einigung des Proletariats auf einer gemeinsamen Grundlage dienen soll. Wir müssen bemerken, daß die Richtlinien in keiner Weise die Aufgaben umschreiben, die von der Sozialdemokratie zu erfüllen sind. Und daran knüpft die gute Leipzigerin dann noch einige hämische Bemerkungen.**

**Gestern brachten wir den Einigungsvorschlag der Reußen, den das Volksblatt kommentarlos abgedruckt hat; die Leipzigerin dagegen tut auch diesen Vorschlag gleich ab und schreibt: So gut gemeint dieser Mahnruf auch sein mag, so wird er schon um deswillen keinen Erfolg haben, als die Rechtssozialisten vielleicht noch ein Lippenbekenntnis für das Erfurter Programm ablegen werden, aber sich dann doch nicht daran kehren.**

**So schreiben die Leute, die in letzter Zeit mit Eifer die Ansicht kolportierten, daß die Mehrheitssozialisten der Wiedervereinigung Steine in den Weg legten, während die Unabhängigen nichts sehnlicher wünschten als die Einheitsfront des Proletariats.**

## Lokales und Provinzielles.

Halle, 1. Februar 1919.

### Zur Stadtverordnetenwahl

ist vom Sozialdemokratischen Verein an den Magistrat folgendes Schreiben gerichtet worden:

Bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl werden die Vorschlagslisten mehr als je sechzig Namen nebst Berufs- und Wohnungsangaben der Kandidaten zu enthalten haben. Die Stimmzettel müssen deshalb größeren Umfang besitzen als das Format 9 : 12 Ztm., wie es für die Wahlen zu den Nationalversammlungen gesetzlich vorgeschrieben ist.

Da der Magistrat die Wahlgeschäfte für die Stadtverordnetenwahl zu leiten hat, ersuchen wir ihn ergebenst, rechtzeitig Bestimmung über die Größe des Stimmzettels zu treffen. In Erwägung könnte gezogen werden das Format 15 : 20 Ztm. Dieses Format würde bequem den Aufdruck der erforderlichen Anzahl von Namen nebst weiteren Angaben ermöglichen, zugleich aber auch bei einmaligem Falten leicht in den Umschlag zu stecken sein.

Ad. Thiele, 1. Vors.

Es ist zu erwarten, daß der Magistrat schnell über die angeregte Frage Beschluß fassen wird. Zugleich ist erwünscht, daß der Wahltag im Interesse der zu erledigenden manningfachen Vorarbeiten möglichst weit hinausgeschoben wird. Es dürfte von keiner Seite angefochten werden, wenn der Magistrat bestimmt, daß die Wahl am letzten zulässigen Tage, am 2. März, stattfinden soll.

### Das Gewerkschaftskartell Halle

hielt am 30. Januar eine wichtige Sitzung im Volkspark ab. Zunächst gab der Vorsitzende Genosse Strehler eine Reihe wichtiger Eingänge bekannt. Die Zentralbibliothek im Volkspark verlangt einen höheren Zuschuß. Die Jugendhilfe in Halle bittet um Mitbeteiligung an ihren Verwaltungskörperschaften. Sodann hielt Arbeitersekretär Kleeis einen Vortrag über die neue Verordnung über Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Tarifverträge. Letztere haben nunmehr eine gesetzliche Rechtswirksamkeit erfahren. Sind die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen zwischen Unternehmern und Arbeitern durch schriftlichen Vertrag geregelt, so sind individuelle Arbeitsverträge zwischen den beteiligten Personen insoweit unwirksam, als sie von der tarifslichen Regelung abweichen. Das Reichsarbeitsamt kann Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufskreises in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung erlangt haben, für allgemein verbindlich erklären. Die Neuerungen auf dem Gebiete der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sind, daß alle bereits bestehenden neu zu wählen sind und sie in allen Betrieben, Bureaus usw. schon vorhanden sein müssen, wenn 20 und mehr Beschäftigte tätig sind. Das Wahlrecht ist ausgestellt worden; der Arbeitgeber hat für die Leitung der Wahlen einen aus drei Beschäftigten bestehenden Wahlvorstand zu bestellen. Die Aufgaben der Ausschüsse sind erweitert worden. Sie haben nunmehr in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten des betreffenden Betriebes wahrzunehmen, über die durch Einführung der Tarifverträge zu wachen usw. In der Verordnung sind schließlich noch zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten Schlichtungsausschüsse vorgesehen. Sie sind eine Fortsetzung der seitherigen Schlichtungsausschüsse auf Grund des Hilfsdienstgesetzes, jedoch mit erweiterten Befugnissen. Kleeis meinte zum Schluß, daß den Gewerkschaften wieder ein großes Arbeitsfeld erschlossen worden ist. — In der Aussprache, die sehr lebhaft ist und an der sich eine große Zahl Redner beteiligte, wurde besonders der Wert der Tarifverträge und das Verfahren bei der Wahl der Arbeiterausschüsse besprochen.

Ueber einige Fragen der Uebergangswirtschaft sprach sodann ebenfalls Kleeis. Er behandelte dabei insbesondere die Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der wirtschaftlichen Demobilmachung. Nach ihr ist der Unternehmer eines gewerblichen Betriebs, in dem in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, verpflichtet, diejenigen Kriegsteilnehmer einzustellen, die der Ausbruch des Krieges bei ihm beschäftigt waren und sich binnen zwei Wochen nach der Entlassung aus dem Heeresdienst bei ihm melden. Der Unternehmer eines solchen Betriebes ist auch verpflichtet, die Anfang Januar 1919 von ihm Beschäftigten weiter zu beschäftigen. Wird einem Betriebsunternehmer die Durchführung dieser Pflichten unmöglich, so kann er die Arbeiterzahl entsprechend einschränken. Ueber die hieraus entstehenden Streitigkeiten entscheiden die Schlichtungsausschüsse (siehe oben). Nach einer kurzen Aussprache hierüber wurde beschlossen, nächste Woche vor den gewerkschaftlichen Funktionären einen Vortrag über den wirtschaftlichen Wiederaufbau von Prof. Waentig halten zu lassen.

Unter sonstigen Kartellangelegenheiten brachte der Vertreter der Dachdecker einen Antrag seiner Gewerkschaft vor, den Arbeitersekretär Kleeis zu entlassen und an seine Stelle den Kriegsbeschädigten Brentjes einzusetzen. Als Begründung wurde einzig und allein vorgebracht, daß Kleeis bei den Wahlen zu den Nationalversammlungen sich als „Regierungssozialist" betätigt habe. Der Vorsitzende Genosse Strehler bekämpfte den Antrag. Man entrüste sich doch sonst sehr, wenn ein Arbeiter oder Angestellter seiner politischen Gesinnung wegen gemaßregelt werde. Kleeis habe unter schwierigen Verhältnissen während des Krieges die große Arbeitslast allein bewältigt zu aller Zufriedenheit. Der Kartellvorstand, in dem auch Unabhängige sitzen, habe stets in voller Harmonie zusammengearbeitet. Bis jetzt sei es ihm gelungen, den Parteistreit aus dem Kartell fernzuhalten. Er, Redner, werde sich auch entschieden dagegen wenden, solche Streitigkeiten zuzulassen. Solche Anträge brächten doch die beiden Gruppen der sozialistischen Bewegung noch mehr auseinander und zur Verbitterung. — Da hierauf niemand weiter das Wort verlangte, wurde über den Antrag zur Tagesordnung übergegangen und die Sache als erledigt erklärt. — Weiter wurde gewünscht und in Aussicht gestellt, daß die Bauarbeiterschutzkommission ihre Tätigkeit in allernächster Zeit wieder aufnimmt. Die Sitzung war sehr gut besucht.

* **Stadtverordnetensitzung.** Tagesordnung für die Sitzung am Montag, den 3. Februar, nachm. 4 Uhr. Oeffentliche Sitzung: 1. Haushaltsplan der Müller-Stiftung. 2. Desgl. der Riebeck-Stiftung. 3. Aenderung des Theater-Pachtvertrags. 4. Erhöhung von Bäderpreisen und Leihgebühren. 5. Erhöhung eines Verpflegungssatzes. 6. Zahlung an den Arbeiterrat. 7. Verwaltungsordnungen für höhere Schulen. 8. Landaustausch in Seeben. 9. Beschaffung von Wäsche- und Bekleidungsstücken. 10. Gesuch der Bureauangestellten um Einkommensverbesserung. Nichtöffentliche Sitzung: 11. Armenpflegerwahl.

**Die Zentralbibliothek,** die vor zum zehn Jahren von dem Gewerkschaftskartell und der sozialdemokratischen Partei ins Leben gerufen wurde, hat auch während des Krieges eine starke Benutzung erfahren. Im Jahre 1918 wurden von 5092 (im Vorjahre 5263) Besuchern 8413 (8178) Bücher entliehen, und zwar an 99 (114) Ausgabetagen. Der Bücherbestand stieg von 4506 auf 4595. Einen Zugang erfuhr die Bibliothek durch die Ueberlassung der Bücher des aufgelösten Arbeiterjugendheims. Der Kassenbericht zeigt auf das Jahr 1918 eine Einnahme von 564,43 Mk., worunter sich 200 Mk. Beitrag des Gewerkschaftskartells, 52,95 Mk. Strafgelder und 22,60 Mk. für Kataloge befinden. Die Ausgaben betrugen 507,17 Mk., wovon auf die Entschädigung der Bibliothekare 311 Mark entfallen. — Die Bibliothek ist gegenwärtig in einem Parterrezimmer des Volksparks untergebracht und ist an zwei Tagen der Woche (Sonntag mittag und Dienstag abend) geöffnet. Jede Person, die sich als Mitglied einer freien Gewerkschaft ausweist, hat Anspruch auf unentgeltliche leihweise Ueberlassung eines Buches der Bibliothek. Ein ausführlicher Katalog gibt Auskunft über die Bücherbestände

* **Noch weitere Einschränkungen des Eisenbahnverkehrs.** Bei der scharfen Ablieferung von Betriebsmitteln infolge der Waffenstillstandsbedingungen wird zur notdurftigen Aufrechterhaltung des Verkehrs für die Kohlen und Lebensmittelversorgung der bürgerliche Reiserverkehr auf den Eisenbahnen noch erheblich weiter eingeschränkt und die Ausgabe von Fahrkarten auf die allerdringendsten Fälle beschränkt werden. Soweit die zum Nachweise der Dringlichkeit behaupteten Tatsachen der die Ausweise ausstellenden Behörde nicht bekannt sind, bedürfen auch sie einer behördlichen Beglaubigung.

* **Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer.** Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung erließ unter dem 4. Januar 1919 eine Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung, demzufolge die Meldefrist für die in ihre alten Stellen zurückkehrenden Arbeiter am 23. Januar ablaufen sollte. Nunmehr ist durch eine neue Verordnung diese Meldefrist bis zum 5. Februar verlängert worden. Für Kriegsteilnehmer, die auf Grund freiwilliger Meldung zur Aufrechterhaltung von innerer Ordnung oder des Grenzschutzes Verwendung finden, beginnt die Meldefrist erst mit dem auf ihre ordnungsmäßige Entlassung folgenden Tage

* **Gesamtsitzung der Handelskammer Halle.** Am Mittwoch, den 5. Februar, norm. ½12 Uhr findet im Sitzungssaale der Handelskammer (Franckestraße) eine Gesamtsitzung mit reichhaltiger Tagesordnung statt, zu der alle Handelskammermitglieder eingeladen werden.

* **Vortrag des Landesvereins für Vorgeschichte.** Am Montag findet im Hörsaal der Universität ein hochinteressanter geschichtlicher Vortrag statt. (Siehe Anzeige.)

* Im Provinzialmuseum finden jeden ersten und dritten Sonntag und Mittwoch volkstümliche Führungen für jedermann statt.

* **Wartezimmerdieb.** Donnerstag abend ließ sich bei einem hiesigen Dentisten ein etwa 20—21jähriger junger Mann, der angab Heimann zu heißen, zur Behandlung melden und verschwand, nachdem er kurze Zeit im Wartezimmer sich aufgehalten hatte, unter Mitnahme eines wertvollen, auf Seide gearbeiteten schwarzen Winterüberziehers. Es ist zu erwarten, daß der Dieb auch noch an anderer Stelle auftritt, darum sei ihm gewarnt.

**Verhinderter Einbruch.** Bei einem Einbruch in einem Grundstück am Steinweg wurden in der verflossenen Nacht 2 Einbrecher von einem Wächter der Hallenschen Wach- und Schließgesellschaft überrascht. Die Einbrecher schlugen den Wächter nieder und flohen. Einer der Einbrecher wurde erkannt; gestohlen worden ist nichts.

**Das Platzkonzert** findet am Sonntag, mittags 12 Uhr, durch die Kapelle des Füsilier Regiments 36 vor dem Stadttheater statt. Leitung: O. Haupt Vortragsfolge: 1. Mit leichtem Schritt, Marsch, Kockert. 2 Ouvertüre: „Die Nürnberger Puppe". Adam. 3. „Der Reiter und sein Lieb", Preischor, Schultz. 4. Fantasie a. d. Op. „Lohengrin". Wagner. 5. „Mondnacht auf der Alster", Walzer, Fetras

**5 Pfund Kartoffeln werden in der Woche vom 3. bis 9. Febr.** auf Marke 31 der Kartoffelkarte abgegeben bezw. in Haushaltungen, Anstalten usw., welche mit Kartoffeln versorgt sind, verbraucht. Im Handel sind außerdem Sauerkraut und Kohlrüben reichlich zu haben. Zur Verteilung gelangen noch für jede Person ¼ **Pfund Rubein, ½ Pfund Marmelade und ½ Pfund Kaffeeersatz.** Der Verkauf wird durch besondere Bekanntmachung noch näher geregelt.

**Der Verkauf von Kaffee-Ersatzmitteln** beginnt am Montag. Für jede Person kann ein halbes Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis für Ware, die in geschlossenen Packungen oder Behältnissen an den Kleinhändler geliefert worden ist 116 Pf. für das Pfund, für lose Ware 112 Pf. für das Pfund. Beim Verkaufe kleinerer Mengen dürfen Bruchteile eines Pfennigs auf ganze Pfennige nach oben abgerundet werden. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 264 des Warenbezugsscheines 19 zu erfolgen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links), binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Jeder Kleinhändler, der Kaffee-Ersatzmittel in nicht gewachter Form (Pulver) an Verbraucher abgibt, ist verpflichtet, durch deutlich sichtbaren Aushang in den Verkaufsräumen den Namen oder die Firma und den Ort der gewerblichen Hauptniederlassung desjenigen, der die Ware herstellt, sowie den Kleinhandelspreis bekanntzugeben.

**Städtischer Verkauf von Reis (Fortsetzung der Honigkuchenverteilung)** in der Felamtschule am Montag für die Lebensmittelscheine 53 001—57 700 vorm. von 8—12 Uhr und 57 701—63 500 nachm. von 2—6 Uhr. Für jede Person ein Paket zum Preise von 37 Pfennigen.

**Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften,** welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, die Teigwaren (Nudeln) bei dem Fabrikanten Keil, Bernhardstr. 20, abzuholen. Die Abgabe erfolgt an die Kleinhändler mit den Buchstaben: A—F am Montag, den 3., G—K am Dienstag, den 4., L—R am Mittwoch, den 5., S—Z am Donnerstag, den 6. Februar. Die Kleinhändler sind verpflichtet, bei der Abgabe den Bestand an Waren und die Anzahl der von ihnen mit Teigwaren zu versorgenden Personen anzugeben. — Ferner ist Montag und Dienstag bei den Großfirmen die in nächster Woche zum Verkauf gelangende Marmelade abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190201-15/fragment/page=0005

**Ungültige Zwirnscheine.** In der städtischen Markenausgabestelle 6, Merseburger Str. 103, ist ein Einbruchsdiebstahl verübt worden. Bei dieser Gelegenheit ist eine Anzahl Zwirn-Bezugsberechtigungen den Dieben in die Hände gefallen. Deshalb werden sämtliche Scheine, die für den Bezirk dieser Ausgabestelle ausgestellt worden sind, für ungültig erklärt und dürfen keinesfalls beliefert werden. Es handelt sich hierbei um die Straßen: Artilleriestr., Barbarastr., Barbarossastr., Huttenstr., Kanonierstr., Lauchstädter Str., Merseburger Str. 30—148, Roßbachstr., Schlosserstr., Schmiedstr., Thüringer Straße.

**Stadttheater.** Heute, Sonnabend, abends 6½ Uhr geht Richard Wagners „Lohengrin“ in Szene. Sonntag nachm. 2½ Uhr wird d'Alberts Oper „Tiefland“ wiederholt. Sonntag abend „Die Fledermaus“, Operette von Joh. Strauß. Montag „Die lustigen Weiber von Windsor“, Dienstag „Nur ein Traum“, Mittwoch „Die weiße Dame“.

**Im Thalia-Theater** gelangt am Sonntag abend 7½ Uhr das Lustspiel „Renaissance“ von Schönthan und Koppel-Ellfeld unter der Spielleitung von Eugen Teuscher zur Aufführung.

## Stadttheater.

Seitdem die Muse des Lustspiels fast regelmäßig jeden Sonntag im Thaliatheater gepflegt wird, sind Lustspielabende im Stadttheater immer seltener geworden. Eine Ueberlastung der Opernkräfte war daher unausbleiblich. Ob die am Donnerstag gesehene Lustspielneuheit „Nur ein Traum“ von Lothar Schmidt geeignet ist, für ein paar Opernabende in die Bresche zu springen, kann nach dem schwachen Achtungserfolg, mit welchem die Novität von Stapel lief, nicht angenommen werden. Lothar Schmidt wird inzwischen vielleicht selbst eingesehen haben, daß man mit der alten verstaubten Idee Ehebruch contra Ehebruch keinen Schlager mehr schreiben kann. Anna Stabrin betrügt ihren Mann mit dessen Freund Sponholz, während der Mann selbst mit einer Professorsgattin auf Abwege geht. Um zu erfahren, wie Stabrin über ihre Untreue denkt, gibt Stabrins Frau ihr nächtliches Liebesabenteuer mit Sponholz nur als Traum aus. Der Professor läßt sich von seiner ungetreuen Gemahlin scheiden, während das Ehepaar Stabrin es vorzieht, die Komödie der Ehe weiterzuspielen. Stabrin bedankt sich noch obendrein bei dem Verführer seiner Gattin, daß er das Verhältnis zu dieser eingesteht und der Vorhang fällt. Eine fadenscheinigere Handlung ist selbst in den abgedroschenen französischen Sittenkomödien nicht auf die Bühne gebracht worden. Sollte es wirklich kein besseres Lustspiel auf dem heutigen Novitätenmarkt geben?

Die Darstellung mühte sich redlich, auf ihrem verlorenen Posten wenigstens künstlerisch mit Ehren zu bestehen. In erster Linie war es Adalbert Kriwat, der in der Rolle des Stabrin besonders den ertappten Ehesünder mit Geschick verkörperte. Neben ihm verdient Helene Hartmann für die Wiedergabe der Anna ungeteilte Anerkennung. Adolf Rehbach gab den Frauenjäger Sponholz mit gewandten Manieren, nur zeitweise etwas undeutlich. (Unter Undeutlichkeit litt übrigens die ganze Eingangsszene, wo die Gesellschaft auf der Veranda bei der Maibowle sitzt.) Vielleicht wäre die Besetzung des Sponholz mit Herrn Wilcke noch zweckmäßiger gewesen. Eugen Teuscher spielte den Professor mit der ihm eigenen wohltuenden Ruhe und Ueberlegenheit, während Willi Schur mit einem polnischen Offiziersburschen noch rechtzeitig erschien, um das Stück in das Fahrwasser des Lustspiels zu steuern. Irma Grawi gab die affektierte Gisela: ihr Kostüm hätte für die Wienerin geschmackvoller sein müssen. Adalbert Kriwat hatte als Spielleiter für ein gutes Zusammenspiel bestens Sorge getragen. Wbr.

## Neuregelung des Stadttheaters Halle.

Man schreibt uns: Die Stadtverordnetenversammlung am 3. Februar wird sich mit der Neuregelung des städtischen Theaters beschäftigen. Diese Frage dürfte nicht nur vom wirtschaftlichen, sondern auch vom kulturellen Standpunkt alle Kreise der Bevölkerung interessieren. Das Theater hat in der Gegenwart eine Bedeutung für die Bildung der Allgemeinheit gewonnen, die nicht geringer ist, als die der Schule. Es kann aber nur unter einer städtischen Verwaltung seinem wahren, hohen kulturellen und volksbildnerischen Zwecke entsprechen. Die dadurch gesicherte Solidarität und Stabilität des Unternehmens — ohne die kein Theater mit wirklich künstlerischen Leistungen denkbar ist — verbürgt eine sich immer steigernde Entwicklung des Künstlerensembles und des Spielplans. Man fasse zunächst das Uebel an der Wurzel und nehme die schweren wirtschaftlichen Sorgen von den Schultern der Künstler, die bisher, sobald die Bäume ausschlugen, plötzlich keine Daseinsberechtigung mehr haben sollten, und gebe ihnen — wie jedem anderen Menschen — das Recht seines Leibes Notdurft auch während des Sommers durch seine Arbeit, seine Kunst bestreiten zu können. Dadurch wird man dem wilden Wechsel des Personals am besten begegnen können und mit den Jahren über einen Künstlerstand verfügen, der zu einem ganzen organisch zusammenwächst, bis die kunstvollen Darbietungen des einzelnen zu einem Gesamtkunstwerk verschmelzen. Und nur dann haben wir wahre Kunst!

## Gewerkschaftliches.

### In acht Wochen 20 000 Mitglieder gewonnen.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter hat innerhalb acht Wochen seine Mitgliederzahl um 20 000 vermehrt. Der Zustrom zum Verbande hält an.

Auf Beschluß des Verbandsvorstandes findet der 20. ordentliche Verbandstag am 15. Juni d. J. und folgende Tage in Stuttgart statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Neuregelung der Verbandsbeiträge.

## Letzte Nachrichten.

### Rückkehr deutscher Kriegsgefangener aus England.

**Wesel.** Nach einer Verfügung der Regierung ist die Stadt Wesel als Sammelpunkt zur ersten Aufnahme der aus England kommenden Zivilgefangenen bestimmt. Zur Unterbringung der Ankömmlinge ist eine Kaserne zur Verfügung gestellt worden. Ein zweiter Transport von 600 Personen, Frauen und Kindern, ist eingetroffen. Nach einer Meldung aus Rotterdam ist aus London die Meldung eingegangen, das zurzeit die Einschiffung von 20—22 000 deutschen Gefangenen erfolgt, die in allernächster Zeit in Deutschland erwartet werden könnten. Die Linienkommandantur stellt, soweit es die Transportverhältnisse zulassen, Sonderzüge zum Abtransport der Ankömmlinge in ihre Heimat. Vom Zentralkomitee des Roten Kreuzes in Berlin wird das Weseler Rote Kreuz zur Aufnahme der Zivilgefangenen tatkräftig unterstützt.

## Ein Vortrag August Müllers über Sozialisierung und Wirtschaftspolitik.

### Für die Beibehaltung des Rätesystems.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, Dr. August Müller, sprach am 30. Januar in Berlin vor Mitgliedern des deutschen Industrie- und Handelstages, des deutschen Industrierates, und der Berliner Handelskammer über die Wirtschaftspolitik im neuen Deutschland. Dr. Müller kam u. a. auf die Frage des Achtstundentages zu sprechen und meinte, daß man sich vorläufig damit abfinden müßte, daß der Achtstundentag durch Gesetz eingeführt sei. Ob er beibehalten werden könne, lasse sich im Augenblick nicht entscheiden, er werde aber in solchen Industrien fallen müssen, deren Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber durch den Achtstundentag beeinträchtigt werde. Mit Nachdruck betonte der Staatssekretär, daß das Wirtschaftsleben von jeder Bureaukratie freigehalten werden müsse. Das Rätesystem würden wir nicht mehr loswerden, es müßte in das Wirtschaftsleben so eingeschaltet werden, daß es nicht schädlich, sondern nützlich sei. Sozialisiert könne nur werden, wenn sich der Ertrag steigern läßt, sonst müßte eine andere Form der staatlichen Einflußnahme gesucht werden. In seinem Vortrag teilte der Staatssekretär mit, daß die Kaliwerke in Elsaß-Lothringen von den Franzosen kräftig ausgebeutet werden. Die deutschen Arbeiter müssen täglich 10 Stunden fronen, und erhalten für die Stunde 35 Pf. Falls sie sich weigern, unter diesen Bedingungen zu arbeiten, werden sie von farbigen Franzosen zur Arbeit getrieben. Im besetzten Gebiet sind die Feinde in unsere großen chemischen Werke eingedrungen und versuchen, hinter die Geheimnisse der deutschen Rezepte zu kommen.

## Neuwahlen in der Schweiz.

**Bern.** Nachdem im vergangenen Oktober das Schweizer Volk mit großer Mehrheit sich dafür aussprach, daß die Wahlen für den Nationalrat künftig nach dem Proportionalsystem stattfinden sollen, beantragte der Bundesrat in der Bundesversammlung, die Neuwahlen zum Nationalrat anstatt erst im Herbst 1920 bereits im Frühjahr dieses Jahres vorzunehmen.

### Der Alterspräsident der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung eröffnen wird als Alterspräsident der im Jahre 1841 geborene Genosse Molkenbuhr.

## Briefkasten der Redaktion.

R. Sch. 53. Sie haben nur Anspruch auf den halben Monat Januar; erhielten also die letzte Rate am 1. Januar.

## Wir bitten

unsere Leser und Leserinnen, sich bei Einkäufen auf die Anzeigen in der Volksstimme zu berufen.

# Unsere Ostmark in Gefahr!

Die Hilferufe unserer bedrängten Landsleute im Osten erschallen immer lauter. In großen Teilen der Provinz Posen hausen bereits polnische Banden, die plündernd durchs Land ziehen. Gleiches Schicksal erwartet Ost- und Westpreußen, sowie Schlesien, wenn es nicht gelingt, mit genügend starken und brauchbaren Truppen den Feind von des Reiches Grenzen fernzuhalten. Das blühende Wirtschaftsleben, die ertragreiche Landwirtschaft dieser Provinzen, die für einen großen Teil unseres Vaterlandes eine notwendige Lebensbedingung sind, ist ernstlich bedroht.

# Kameraden!

Der greise Feldmarschall von Hindenburg selbst hat sich dem Vaterlande zur Verfügung gestellt. Er will mit Euch den Feind — wie es 4½ Jahre so glänzend gelungen — auch diesmal von der deutschen Heimat fernhalten und die verlorenen Teile wieder nehmen.

# Eilt herbei!

Jeder, der moralisch einwandfrei, felddienstfähig und militärisch ausgebildet ist, melde sich bei einem Truppenteil, Garnison- oder Bezirkskommando, wo er weitere Auskunft erhält. Ueberall werden Freiwilligen-Formationen, bei denen Soldaten- (Vertrauens-) Räte bestehen, gebildet. Jeder hat die Möglichkeit, mit seinen Kameraden und unter seinen alten bewährten Führern, zu denen er Vertrauen hat, dem Vaterland seine Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Schwierig ist die Bekleidungsfrage. Es fehlt an genügender Zahl fertiger Bekleidungsstücke. Daher bringe jeder Freiwillige seinen Entlassungsanzug einschl. Mantel mit. Der Staat kauft ihn, soweit er feldbrauchbar, ab. Ein Vermerk in die Militärpapiere wird aufgenommen. Militärpapiere mitbringen!

Magdeburg, den 30. Januar 1919.

**Von seiten des Generalkommandos.**
**Der Chef des Generalstabes.**
**v. dem Hagen,**
Oberstleutnant.

**Der Exekutivausschuß**
**IV. Armeekorps.**
**Bock.**


**Buchhandlung der Volksstimme**
Große Ulrichstraße 27.
Wieder eingetroffen:
**Wahlgesetz**
zur verfassunggebenden deutschen National-Versammlung.
Preis: 30 Pfg.

**Die Glocke**
Sozialistisch. Wochenschau
Heft 50 Pf.,
im Abonnemen. vierteljährlich
6.— Mk.,
empfiehlt die
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Fast ungebrauchte
**Möbel aller Art**
Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußbaum-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt
R. Sachse, Hohenmölsen, Lützener Str. 7.

**Zur gefl. Beachtung!**
**Der Stoffmangel hält fernerhin an.**
In meiner Sonderabteilung werden gewendet od. umgearbeitet sämtliche
**Zivil- und Uniform-Kleidungsstücke**
Auskünfte
über sachgemässe Verwendung
u. Preisberechnung erfolgt kostenlos.
**G. Assmann,**
Gr. Ulrichstrasse 49. 2138

**Sozialistenmarsch, Marseillaise, Internationale u. a.**
für Orchester, Klavier u. Chor
J. Günther Verlag
Dresden 10 [1844

**Nach Rückkehr aus dem Felde**
Praxis wieder aufgenommen.
**Dr. med. H. Barth,**
Hals-, Nasen- und Ohrenarzt.
641 Leipzigerstrasse 52, I. — Telefon 4999.

Die medizinische Fakultät der Universität Halle veranstaltet während der Monate Februar, März, April
**Fortbildungskurse für kriegsapprobierte Ärzte**
in sämtlichen für den Arzt wichtigen Fächern.
Der Kursus beginnt am Donnerstag, den 6. Februar 1919 und schliesst am 16. April 1919.
Die Kurse finden statt in den Universitäts-Kliniken und Instituten. 2153
Anmeldungen sind zu richten an das Zentralkomitee für das ärztliche Fortbildungswesen in Berlin N. N. 6, Louisenplatz 2—4 und an den unterzeichneten Dekan der Fakultät.
Geh. Med. Rat Prof. Dr. **Denker,**
derzeit. Dekan.

**Buchhandlung der Volksstimme**
Große Ulrichstraße 27.
Wieder vorrätig:
**August Bebel: Unsere Ziele.**
Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Korrespondenz“.
Preis: 50 Pfg.

**Möbel**
hauptsächlich Schlafzimmer-Einrichtungen, bestehend aus: Schrank mit oder ohne Spiegel, Waschkommode mit Spiegel und Marmor oder Waschtisch, 2 Bettstellen, 3teilige Auflage und Patentmatratzen, mit od. ohne Nachtschränkchen liefern wir in jeder Preislage
**auf Teilzahlung**
auch Küchen in vielen Farben und Mustern von M. 350 bis 1250.
Grosse Auswahl in einzelnen Möbeln.
Bequeme wöchentliche oder monatliche Ratenzahlungen, die mögl. nach Wunsch der Käufer festgesetzt werden.
**Eichmann & Co.**
Halle a. S.
Grösst. Waren- u. Möbel-Kredithaus
Gr. Ulrichstrasse 31, Eingang Schulstrasse.

Schon jetzt werden
**Sommerhüte**
zum
**: Umpressen :**
angenommen.
**Fritz Mösenthin,**
2189 Burgstrasse 1.

**In freien Stunden**
Wochenschrift
voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 10 Pf.
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

ich habe mich hier als
**Spezialarzt**
für Haut-, Harn- und Geschlechtskrankheiten
niedergelassen.
Röntgen- und Lichtbehandlung.
Arzt für sämtliche Kassen.
Sprechstunden: 10—1 und 3—6 Uhr.
**Dr. med. Hammer,**
2162 Geiststr. 1, II. Teleph. 2670.

**Wohnung gesucht**
auch außerhalb der Stadt. Angebote unter P. 190 an die Expedition dieser Zeitung.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190201-15/fragment/page=0006